



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

**MEDWEDEWS VORSCHLAG FÜR EINEN EUROATLANTISCHEN SICHERHEITSVERTRAG  
WIRTSCHAFT IN RUSSLANDS REGIONEN  
MEDWEDEWS BOTSCHAFT IN RUSSISCHEN MEINUNGSUMFRAGEN  
RÜCKBLICK AUF DEN GEORGIENKRIEG**

■ KOMMENTAR	
Medwedews Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag Von Margarete Klein, Berlin	2
■ ANALYSE	
Die Wirtschaftskrise in den russischen Regionen: wirtschaftliche und soziale Folgen Von Natalja Zubarevich, Moskau	4
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Wirtschafts- und Finanzindikatoren der russischen Regionen	7
■ ANALYSE	
Regionale Unterstützungsmaßnahmen für Industrieunternehmen Von Andrei Yakovlev, Moskau	13
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Staatliche Unterstützung für Industrieunternehmen	17
■ UMFRAGE	
Medwedews »Botschaft an die Föderalversammlung« im Spiegel der Meinungsumfragen	19
■ ANALYSE	
Militärische Anfangsoperationen während des Georgienkriegs im August 2008 Von Wolfgang Richter, Berlin	26
■ CHRONIK	
Vom 18. November bis zum 3. Dezember 2009	32

*Die Russland-Analysen werden vom*

*Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



## Kommentar

# Medwedews Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag

Von Margarete Klein, Berlin

Am 29. November veröffentlichte der russische Präsident auf seiner Website einen Entwurf für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag. Damit konkretisierte er einen Vorschlag, den er zum ersten Mal am 5. Juni 2008 in Berlin vorgestellt hatte und der bis heute seine wichtigste außenpolitische Initiative darstellt.

Mit dem Vertragsentwurf will Russland eine Diskussionsprozess über Defizite und mögliche Veränderungen der euroatlantischen Sicherheitsarchitektur beeinflussen, der im Rahmen des sog. Korfu-Prozess der OSZE sowie in Ansätzen auch in der Strategiedebatte der NATO geführt wird. Daraus erklärt sich auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung des russischen Vorschlags – zwei Tage vor dem Treffen der OSZE-Außenminister in Athen und fünf Tage vor der Zusammenkunft des NATO-Russland Rates.

Was beinhaltet der russische Vertragsentwurf, der – wohl in symbolischer Anlehnung an Wilsons 14-Punkte Programm von 1918 – aus 14 Artikeln besteht?

- Kernforderung ist der Abschluss eines legal bindenden Sicherheitsvertrags, dem alle Staaten von »Vancouver bis Wladiwostok«, also auch die USA und Kanada, plus die »internationalen Strukturen« in diesem Raum, d. h. NATO, EU, OSZE, GUS und OVKS, beitreten sollen.
- Als Kernprinzip wird das der »unteilbaren Sicherheit« (Art.1) definiert, das darin besteht, dass keine Vertragspartei Aktionen unternimmt oder unterstützt, die die Sicherheit einer anderen Vertragspartei bedeutend beeinträchtigen (Art. 2).
- In Artikel 7 ist ein kollektiver Beistandspakt vorgesehen. Jede Vertragspartei solle einen bewaffneten Angriff gegen eine andere Vertragspartei als Angriff gegen sich selbst sehen, wodurch das Vertragswerk nicht nur auf eine kollektive Sicherheitsorganisation, sondern auch auf eine kollektive Verteidigungsorganisation abzielt.
- Um Konflikte zwischen Vertragsparteien zu lösen, wird ein dreistufiges Verfahren vorgesehen. Zunächst soll es Konsultationen geben. Der nächste Schritt bestünde in der Einberufung einer Konferenz, die dann beschlussfähig ist, wenn zwei Drittel der Vertragsparteien daran teilnehmen und die im Konsens zu einer bindenden Entscheidung gelangen kann. Außerordentliche Konferenzen würden einberufen, wenn ein Vertragsstaat angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar bevorsteht. Mindestens

vier Fünftel der Vertragsparteien müssen daran teilnehmen und eine Konsensentscheidung wäre dann bindend.

Insgesamt ist der russische Vertragsentwurf in der Substanz schwach und liefert in der jetzigen Form für die NATO- und EU-Staaten kaum einen Mehrwert an Sicherheit. Dies zeigt sich daran, dass viele Formulierungen nur sehr vage sind und damit Raum für divergierende Interpretationen zulassen. So werden beispielsweise keine Kriterien dafür genannt, ab wann die Sicherheit eines Staates substantiell beeinträchtigt wird. Diese Unklarheit scheint auch ganz bewusst gewählt zu sein. Denn ohne eine Präzisierung würde das Prinzip der »unteilbaren Sicherheit« letztlich Russland ein indirektes Vetorecht gegen fast jede Entscheidung der NATO geben – von der Osterweiterung über die Stationierung von amerikanischen oder NATO-Truppen in anderen Ländern bis hin zu Einsätzen im euro-atlantischen Raum.

Ein weiteres Problem des Vertragsentwurfs besteht darin, dass er sich allein auf Fragen der *hard security* konzentriert. Er liefert damit erstens keine Antwort auf die Frage, wie mit den neuen Sicherheitsrisiken und -bedrohungen umzugehen sei. Zweitens wird darin mit keinem Wort die menschliche Dimension der Sicherheit – der dritte Korb der OSZE – erwähnt. Der russische Entwurf basiert damit auf einem traditionellen Sicherheitsbegriff, der gegenüber dem sicherheitspolitischen *acquis* der OSZE einen Rückschritt darstellen würde. Der Begriff von einem »Helsinki II«, der in der russischen Debatte gerne gebraucht wird, führt vor diesem Hintergrund in die Irre.

Das dritte Problem des Vertragsentwurfs besteht im institutionellen Design. Zwar verweist die russische Seite darauf, dass die bestehenden Organisationen – wie NATO, EU, OSZE, GUS, OVKS – bestehen bleiben und nicht geschwächt werden sollen. Andererseits ist beabsichtigt, ihnen eine neue Struktur – die (außerordentliche) Konferenz – überzustülpen, die letztlich in Fragen der *hard security* bindende Entscheidungen treffen kann. Es ist allerdings unklar, welches Prozedere vorgesehen ist, wenn die geforderte Konsensentscheidung scheitert.

Die Hauptintention des russischen Vorschlags scheint damit recht klar zu sein: den politisch-militärischen Status quo in Europa einzufrieren und Russlands in allen Fragen der *hard security* im euro-atlantischen Raum eine entscheidende Stimme zu. Diese würde für

Russland ein Mehr an Einfluss, für die NATO- und EU-Staaten sowie die Länder in der gemeinsamen Nachbarschaft von EU/NATO und Russland aber keinen entscheidenden Mehrwert an Sicherheit geben.

Will Moskau mit seinem Vertragsentwurf die zögerlichen europäischen Staaten und die USA dazu bewegen, in einen zielgerichteten Diskussionsprozess über die Defizite und Veränderungsmöglichkeiten der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur einzutreten, so dürfte dieser Vorschlag nicht den nötigen starken Impuls gesetzt haben. Es wäre von den Europäern aber falsch, auf den Vorschlag gar nicht zu reagieren. Erstens mag der Entwurf zwar in der Substanz schwach sein, dennoch stellt er ein Angebot für eine Diskussion dar. Und für eine solche gibt es – zweitens – Bedarf. In Europa besteht eine ganze Reihe an Sicherheitsdefiziten, die von den sogenannten *frozen conflicts* über die ungelöste Frage

der konventionellen Rüstungskontrolle bis hin zur allgemeinen Vertrauenskrise zwischen Russland und der NATO und der ungeklärten sicherheitspolitischen Lage der Staaten in der gemeinsamen Nachbarschaft von NATO/EU und Russland reichen. Um diese Probleme zu lösen, ist eine Kooperation mit Russland unerlässlich. Es liegt daher an den europäischen Staaten selbst, konkrete Gegenvorschläge zum Medwedew-Plan zu entwickeln. Diese dürfen sich aber nicht in der Aufzählung von »roten Linien« erschöpfen – wie dem Beharren auf dem Prinzip der freien Bündniswahl oder Ablehnung des russischen Konzepts einer »privilegierten Einflusszone«, sondern müssten eine eigene positive Agenda beinhalten. Dazu bedarf es aber des politischen Willens, um einen sicherlich langen und mühsamen Weg zu beschreiten.

#### *Über die Autorin*

Dr. Margarete Klein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

#### *Lesetipps*

- Der Text von Medwedews Vorschlag:  
Englisch: European Security Treaty (Unofficial translation).  
Draft <http://eng.kremlin.ru/text/docs/2009/11/223072.shtml>  
Russisch: Proekt Dogovora o evropejskoj bezopasnosti  
<http://news.kremlin.ru/news/6152>
- Der Kommentar des Vorsitzenden der Münchener Sicherheitskonferenz:  
Wolfgang Ischinger, Keine Angst vor Medwedew! Die russische Initiative zur europäischen Sicherheit ist beachtlich, in: Tagesspiegel, 3.12.2009  
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Russland-Nato;art141,2965593>

## Analyse

# Die Wirtschaftskrise in den russischen Regionen: wirtschaftliche und soziale Folgen

Von Natalja Zubarevich, Moskau

### Zusammenfassung

Die Weltwirtschaftskrise erreichte Russland im Herbst 2008, im September erfasste sie die Finanzmärkte und ab Oktober die Realwirtschaft. Seitdem ist gut ein Jahr vergangen, und wir können einige Ergebnisse beobachten. Dabei möchten wir zwei wichtige Aspekte hervorheben. Erstens hat sich gezeigt, dass die russischen Regionen unterschiedlich auf die Krise reagiert haben. Die Tiefe der Krise hängt vom Entwicklungsniveau der Regionen, ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung, vom Anschluss an die Weltmärkte und weiteren Faktoren ab. Zweitens unterscheiden sich die Krisentendenzen in der Wirtschaft, im Staatshaushalt, bei der Beschäftigung und beim Einkommen der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen je nach Ausmaß des Abschwungs und nach geographischer Lage.

### Der Einbruch der Industrieproduktion

Der Einbruch der Industrieproduktion betrug für Russland insgesamt 13,5 % (erste drei Quartale 2009 im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum), dabei lag der Tiefpunkt des Abschwungs im Mai 2009 bei -17,1 %. Im Sommer setzte eine leichte und instabile Erholung ein und der Rückgang der Industrieproduktion reduzierte sich auf -9,5 %. Als erstes traf die Krise Regionen mit Metallindustrie und Mineraldüngerwerken, wo aufgrund des starken Nachfragerückgangs auf dem Welt- und Binnenmarkt die Produktion um 30 % bis 40 % einbrach. Jedoch begannen sich die Regionen mit Metallindustrie aufgrund der Entspannung auf dem Weltmarkt bereits im Frühjahr 2009 wieder zu erholen. Der größte Produzent von Mineraldünger in Russland mit Sitz in der Region Perm sieht sich aber weiterhin mit stark reduzierter Nachfrage auf dem Weltmarkt konfrontiert (siehe Grafik 1 auf S. 8).

Ebenso stark traf die Krise Regionen mit Maschinenbau und Textilindustrie. Im Gegensatz zur Metallindustrie ist der Maschinenbau auf den Binnenmarkt ausgerichtet und weniger konkurrenzfähig. Aus diesem Grund hat in den vom Maschinenbau geprägten Regionen bis heute keine Erholung eingesetzt. Besonders ernst ist die Situation in den Regionen mit russischer Kraftfahrzeugindustrie – Samara mit Avtovaz, Uljanowsk mit Sollers und Nishnij Nowgorod mit GAZ. Nur in der Region Kaluga begann die Krise dank der Inbetriebnahme der neuen Werke von Volkswagen und Volvo erst im Frühjahr 2009. Jedoch brach die Autoproduktion im September mit einem Rückgang von 35 % sehr stark ein, so dass die Krisenfestigkeit der neuen Autowerke westlicher Produzenten ebenfalls fraglich ist. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Krise in den Regionen mit

nicht konkurrenzfähigem Maschinenbau langfristig und ihre Überwindung langsam und schwer wird.

Die Industrie der zwei größten russischen Ballungsräume, Moskau und St. Petersburg, ist ebenfalls schwer von der Krise betroffen. Neben Maschinenbau gibt es hier eine gut entwickelte Nahrungsmittelindustrie und Produzenten von Baumaterialien. Zu den Ursachen für den starken Produktionsrückgang zählen der hohe Anteil an importierten Rohstoffen, die wegen der Abwertung des Rubels sehr teuer geworden sind, das Sinken der Bauaufträge und hohe Lohnkosten. Die Krise führt zu Kostensenkungen und beschleunigt außerdem den Strukturwandel der beiden Ballungsräume in Richtung einer postindustriellen, d. h. dienstleistungsorientierten Wirtschaft.

Ebenfalls unterdurchschnittlich haben sich im Verlauf der Krise Regionen mit Forstwirtschaft entwickelt. Geographisch gesehen ist die Lage im Fernen Osten und in der Baikal-Region stabiler, da die besonders ineffizienten Unternehmen hier bereits während der Krise der 1990er Jahre geschlossen wurden. Außerdem erreichte die neue Wirtschaftskrise weitentfernte Regionen im Osten Russlands mit Verspätung.

Als etwas krisenfester erwiesen sich die gut entwickelten, wirtschaftlich diversifizierten Regionen. Den erfolgreichen Regionen gibt die Krise die Chance, ihre Position in der Wirtschaft des Landes zu stärken. In den Regionen mit Ölindustrie ist die Wirtschaftslage am stabilsten. Hier ist der Abschwung minimal und in Regionen mit neu erschlossenen Ölvorkommen ist sogar Wachstum zu verzeichnen. Die wichtigste Branche der russischen Wirtschaft hat sich als Puffer in der Krise erwiesen und ist dadurch noch wichtiger geworden.

Gleichzeitig zeigte die Krise, dass die Monopolstellung den Erdgaskonzern Gazprom weniger effizient macht. In der ersten Jahreshälfte 2009 brach die Erdgasproduktion um ein Viertel ein und der Export um die Hälfte. Dementsprechend ist die Entwicklung der Regionen mit Erdgasindustrie, wie Jamalo-Nenez oder Astrachan, mit einem Einbruch von 20 % bis 25 % viel schlechter als die der Regionen mit Ölindustrie. In der zweiten Jahreshälfte verbesserte sich die Lage. Wichtig ist jedoch die Feststellung, dass die Entwicklungstendenzen der Regionen mit Brennstoffindustrie zum ersten Mal unterschiedlich waren. In erster Linie aus institutionellen Gründen überwandene die reformierte Ölunternehmen die Krise viel leichter als Gazprom, dessen Reform auf Eis gelegt wurde.

Die Perspektiven der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen hängen von den Investitionen ab. Landesweit gingen in den ersten acht Monaten des Jahres die Investitionen um 12 % (im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum) zurück. Die regionalen Unterschiede sind hier aber sehr ausgeprägt (siehe Grafik 2 auf S. 9) und oft durch politische und nicht durch wirtschaftliche Faktoren zu erklären. In der Region Primorje im Fernen Osten wurden die Vorbereitungen zum APEC-2012 Gipfeltreffen beschleunigt, daher stiegen die Investitionen hier um das 2,8fache an. Die Investitionen sind in fast einem Viertel der Regionen Russlands gestiegen. Dabei wurden aus politischen Gründen einige Regionen bevorzugt: Tschetschenien, die Region Krasnodarsk wegen der Vorbereitung der Olympischen Spiele in Sotschi, Regionen mit zu erschließenden neuen Öl- und Gasvorkommen (Republik Komi, Jakutien, Krasnojarsk sowie Murmansk für die Exportinfrastruktur), sowie die Regionen Kaluga und Leningrad mit dem Bau neuer Autowerke. In fast 60 % der russischen Regionen war der Rückgang der Investitionen jedoch stärker als im Landesdurchschnitt, und in jeder achten Region schrumpften die Investitionen etwa um die Hälfte (40–60 % gegenüber dem Vorjahresniveau). Die monatliche Dynamik zeigt, dass der Investitionsrückgang seinen Tiefpunkt noch nicht erreicht hat und sich die Lage weiter verschärft.

### Haushaltsprobleme

Die Haushaltsprobleme der Regionen verschärfen sich ebenfalls. Insgesamt gingen die Steuereinnahmen der Regionen bis Juli 2009 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um ein Viertel zurück. Bis Mai hatte der Rückgang erst bei 17 % gelegen, was heißt, dass sich die Haushaltskrise der Regionen im Sommer verschärft hat. Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer (die wichtigste

Einnahmequelle der Regionen) haben sich im Vergleich zum Vorjahr halbiert. Besonders stark wurden erfolgreiche und ressourcenschließende Regionen betroffen, da die Unternehmensgewinne hier aufgrund der stark gesunkenen Weltmarktpreise einbrachen. Die Prognose des russischen Ministeriums für Regionalentwicklung erwartet so auch den höchsten Einnahmerückgang bei Regionen mit Metall- sowie Erdöl- und Erdgasproduktion (siehe Tabelle 1 auf S. 7). Die Steuerzahlungen von natürlichen Personen haben sich hingegen kaum verändert und sanken nur um 5 %. Diese Steuereinnahmen sind besonders für Regionen mit einer durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Wirtschaftslage und für die Kommunalverwaltungen wichtig.

Die Haushaltsprobleme werden noch zusätzlich durch die bereits vor der Krise erfolgte Verschuldung der Regionen und Kommunalverwaltungen verschärft. Die Schulden der Moskauer Region liegen so bei über 55 % der Haushaltseinnahmen (Daten vom Oktober 2009), in der Republik Tatarstan sowie den Regionen Kaliningrad, Jaroslawl und Kaluga bei 32–37 % der Haushaltseinnahmen und in weiteren 14 Regionen bei 20–27 %. In Anbetracht der schrumpfenden Haushaltseinnahmen, besonders in den wirtschaftlich starken Regionen, ist eine Rückzahlung der Schulden ohne finanzielle Unterstützung aus dem nationalen Haushalt schwer vorstellbar.

### Lage auf dem Arbeitsmarkt

Unter den sozialen Indikatoren fällt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit positiv auf. Nach einem starken Anstieg in den ersten Monaten der Wirtschaftskrise sinkt die Arbeitslosigkeit seit April 2009. Nicht nur die registrierte Arbeitslosigkeit ist gesunken, sondern auch die nach der Methode der ILO gemessene faktische Arbeitslosigkeit ist von 9,5 % im Februar auf 7,6 % im September 2009 gesunken.

Ein Teil der Arbeitslosen fand neue Arbeit, aber es existieren auch andere Gründe für den Rückgang. Erstens sind die Daten nicht saisonbereinigt: alljährlich geht die Arbeitslosigkeit im Sommer aufgrund der zusätzlichen Beschäftigung in Landwirtschaft und Bauindustrie zurück, um dann im Winter wieder zuzunehmen. Zweitens wird die verdeckte Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt. Es handelt sich dabei um 2 Mio. teilzeitbeschäftigte und beurlaubte Arbeitnehmer. Die staatlichen Verwaltungen verhindern Entlassungen besonders in den industriellen Monostädten aus Angst vor sozialen Protesten. So nutzen die Arbeitgeber verdeckte Arbeitslosigkeit als Maßnahme zur Kostensenkung in Zeiten des Produktionsrückgangs. Seit Februar 2009 ist die Arbeitslosen-

zahl um 1 Mio. gesunken, jedoch erreicht die verdeckte Arbeitslosigkeit mit 2 Mio. gleichzeitig das Ausmaß der registrierten. Drittens ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit auch auf zunehmende Beschäftigung im öffentlichen Dienst zurückzuführen, in dem bis Jahresende ein Anstieg von bereits 1,2 Mio. Angestellten auf 1,6 Mio. erwartet wird. Diese Form der öffentlichen Arbeit bezieht sich auf Straßenreinigung und Putzdienste bei Unternehmen, niedrig qualifizierte Arbeit bei Kommunalverwaltungen mit einem aus dem Staatshaushalt finanziertem Mindestlohn.

Es ist offensichtlich, dass diese Beschäftigung ineffizient ist, und die Beschäftigten sich nicht weiterbilden und keine neue Berufe lernen. Diese Menschen sowie die Staatsverwaltungen aller Ebenen hoffen auf diese Weise die Zeit der Wirtschaftskrise zu überbrücken. Solange im Staatshaushalt dafür erforderliche Finanzmittel vorhanden sind, und die Verwaltungen Druck auf die Wirtschaft ausüben können, wird sich an dieser ineffizienten Beschäftigungspolitik kaum etwas ändern.

Da es durch diese ineffiziente Beschäftigungspolitik gelungen ist, die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den russischen Arbeitsmarkt zu stoppen, zeigen die regionalen Arbeitslosenzahlen nicht so sehr die Auswirkungen der Krise, sondern in erster Linie die bereits vor der Krise existierenden Probleme. Die höchste registrierte Arbeitslosenquote ist in den Republiken mit schwacher Wirtschaftslage und wachsendem Anteil der Jugend auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen (siehe Grafik 3 auf S. 10). Eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote ist typisch für den Osten des Landes und für die »depressiven« Regionen. Einen starken Anstieg in Folge der Wirtschaftskrise gab es nur in Regionen mit starkem Produktionsrückgang (Kemerowo, Wologda, Kaliningrad, Jaroslawl, Swerdlowsk, Tscheljabinsk und Perm), wo die Arbeitslosenquote vor der Krise sehr niedrig war.

Die Arbeitslosenquote nach der ILO-Methode wird vierteljährlich erhoben und sinkt seit Mai 2009. Leider sind die vierteljährlichen Daten aber für die einzelnen Regionen nicht besonders repräsentativ und können daher hier nicht verwendet werden. Zuverlässiger sind die Daten über versteckte Arbeitslosigkeit (Zwangsurlaub, Teilzeitbeschäftigung). Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass nur große und mittelgroße Arbeitgeber erfasst werden. Bei ihnen arbeitet etwa die Hälfte aller Beschäftigten in Russland, 36 Mio. von insgesamt 69 Mio. Über die andere Hälfte, die in Kleinunternehmen und in der Schattenwirtschaft beschäftigt ist, wissen wir fast gar nichts.

Nach der Statistik ist die versteckte Arbeitslosigkeit im Zeitraum von Januar bis September 2009 von

4,3 % auf 2,8 % zurückgegangen. Wenn man das auf die großen und mittelgroßen Unternehmen umrechnet verdoppelt sich diese Zahl (5,3 % im September 2009). Besonders hoch ist die versteckte Arbeitslosigkeit in der Wolgaregion, im Ural und in Zentralrussland, und zwar in den Regionen mit dem stärksten Produktionsrückgang: In der Region Samara sind so 9 % der Beschäftigten (oder 17 % in großen und mittelgroßen Unternehmen) betroffen, in Uljanowsk, Swerdlowsk, Tscheljabinsk und Jaroslawl 5–7 % der Beschäftigten (siehe Grafik 4 auf S. 11).

### Einnahmen der privaten Haushalte

Die versteckte Arbeitslosigkeit führt zu einem erheblichen Rückgang der Arbeitslöhne. Nach den Ergebnissen einer Studie des Unabhängigen Instituts für Sozialpolitik war in der Krisenzeit der 1990er Jahre ein stärkerer Rückgang der realen Arbeitslöhne (um das 2,5fache) im Vergleich zum Wirtschaftseinbruch (um weniger als das 2fache) und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit (um 15 %) für die russische Wirtschaft typisch. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich diese Verhältnisse bei der Anpassung des Arbeitsmarktes an die aktuelle Wirtschaftskrise wiederholen.

Noch zeigt die Statistik keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslöhne in Russland. Im August 2009 sind der reale Durchschnittslohn und das reale Durchschnittseinkommen der Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um nur 5 % zurückgegangen. Das ist das Ergebnis mehrfacher Rentenerhöhungen und Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst Ende 2008. Die regionalen Unterschiede sind schwer zu analysieren, da die Angaben zu der Höhe der monatlichen Einnahmen der Bevölkerung ungenau sind. Aussagekräftige Zahlen erhalten wir erst Mitte 2010 mit den Jahresdaten für 2009. Es sei daran erinnert, dass im Zuge der Finanzkrise 1998 der stärkste Rückgang der Einnahmen der privaten Haushalte erst mit einem Jahr Verzögerung im August 1999 auftrat. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die aktuelle Krise auf die Einnahmen der Bevölkerung ebenfalls mit einer zeitlichen Verzögerung auswirkt.

Der private Konsum ist ebenfalls leicht rückläufig. Der Einzelhandelsumsatz ging von Januar bis September 2009 um 5 % zurück, darunter im September um 10 % (jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum). Die Einzelhandelsentwicklung zeigt, dass man in Russland drei Arten von Regionen mit stärkerem Konsumrückgang unterscheiden kann (siehe Grafik 5 auf S. 12):

- Regionen mit besonders starkem Einbruch der Industrieproduktion, in denen die verdeckte Arbeitslosigkeit hoch ist;

- Regionen mit Öl- und Gasindustrie mit geringem Rückgang der Produktion aber deutlichen Lohnkürzungen;
- Ballungsräume in denen die Arbeitslöhne im Dienstleistungssektor und die Zusatzeinkommen aus Nebenbeschäftigung zurückgingen.

Der Konsum schrumpft schneller dort, wo die Krise am stärksten bemerkbar ist (nicht nur in der Industrie, sondern auch im Dienstleistungssektor) oder die Bevölkerung besser über die Krise informiert ist. In solchen Regionen bereitet sich die Bevölkerung auf das Schlimmste vor und ändert ihr Konsumverhalten indem sie mehr spart.

### Resümee

Die Untersuchung der Krisentendenzen in der Industrieproduktion, bei der Beschäftigung und bei den Einnahmen der Bevölkerung zeigt erneut, dass sich hinter den landesweiten Durchschnittswerten sehr unter-

schiedliche regionale Entwicklungstendenzen verbergen. Die Krise fing in den exportstarken Regionen an und wird wahrscheinlich in diesen Regionen schneller vorbei sein.

Insgesamt zeigen aber Investitionen und Haushaltseinnahmen in den Regionen bisher keine positive Dynamik – mit Ausnahme der Regionen, in denen in politisch gewollte Großprojekte oder die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen investiert wird. Die niedrige Arbeitslosigkeit ist auf die politisch gewollte Unterstützung ineffizienter Beschäftigung zurückzuführen, die eine Modernisierung des Arbeitsmarktes verhindert. Arbeitslöhne und Einnahmen der privaten Haushalte sind weiter rückläufig und eine Änderung dieser Situation ist nicht in Sicht. Die Regionen befinden sich weiter in der Krise. Deshalb ist die Erklärung der russischen Regierung, dass die Krise in den Regionen vorbei sei, verfrüht.

*Übersetzung: Lina Pleines*

### Über die Autorin:

Natalja Subarewitsch ist Professorin an der Fakultät für Geographie der Moskauer Staatlichen Universität und Direktorin des Regionalprogramms des Unabhängigen Instituts für Sozialpolitik. Sie befasst sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie mit der Politik der Unternehmen in den russischen Regionen, siehe [www.socpol.ru](http://www.socpol.ru) (»Sozialatlas der russischen Regionen«).

## Tabellen und Grafiken zum Text

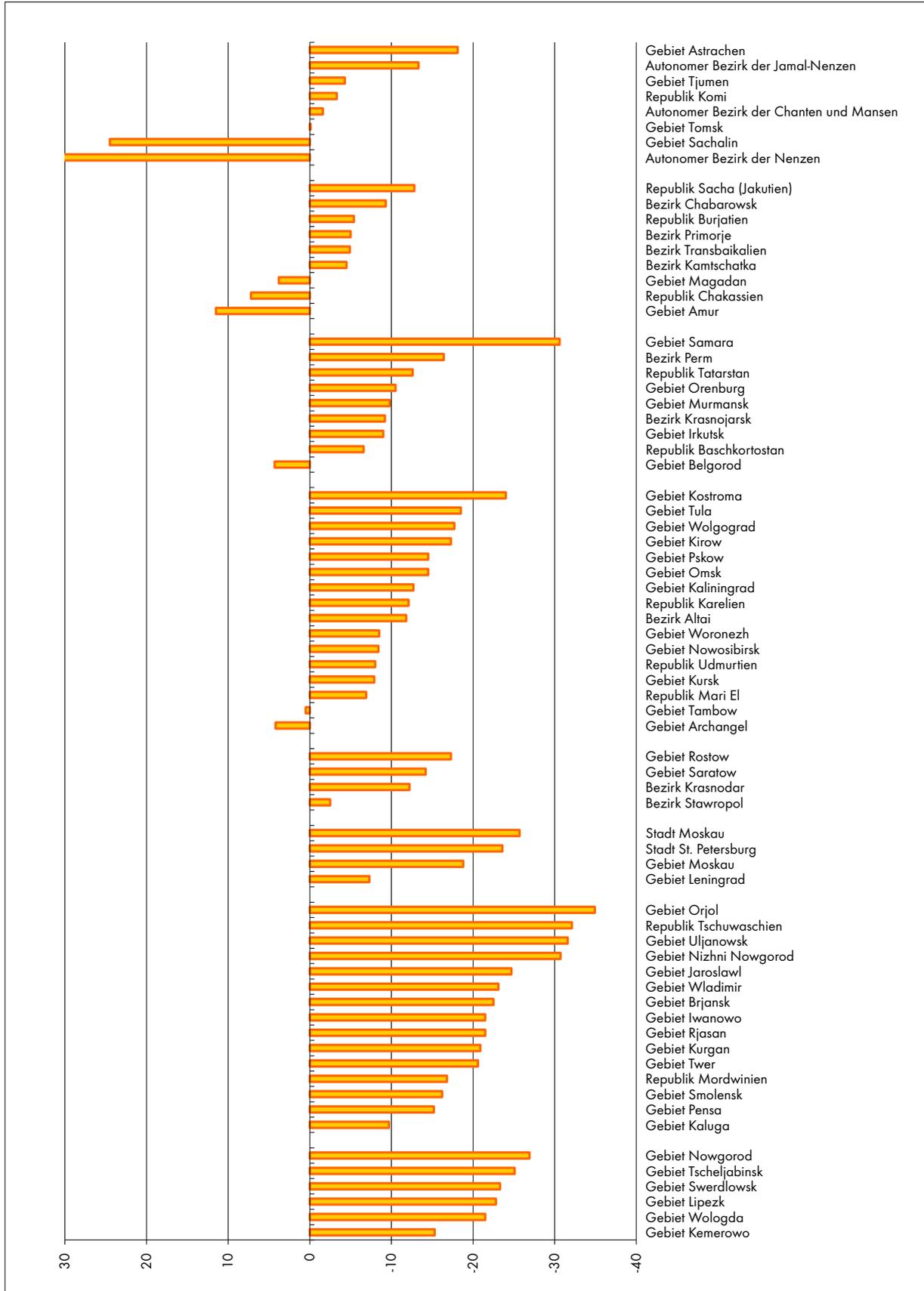
### Wirtschafts- und Finanzindikatoren der russischen Regionen

Tabelle 1: Rückgang der regionalen Haushaltseinnahmen, 2009 (Statistik und Prognose)

Regionen mit dem größten Rückgang der Steuereinnahmen Januar–Juli 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum, %		Regionen mit dem größten Rückgang der Haushaltseinnahmen im Jahr 2009, % (Prognose)	
Gebiet Wologda	-70	Gebiet Tjumen	-57
Gebiet Tscheljabinsk	-56	Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	-36
Gebiet Tjumen	-56	Gebiet Tscheljabinsk	-32
Gebiet Belgorod	-54	Gebiet Wologda	-30
Republik Tatarstan	-45	Stadt Moskau	-24
Gebiet Kemerowo	-44	Bezirk Perm	-23
Gebiet Sachalin	-43	Gebiet Lipezk	-22
Bezirk Perm	-42	Stadt St. Petersburg	-19
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	-40	Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	-19
Durchschnitt für die Regionen	-25	Republik Tatarstan	-19

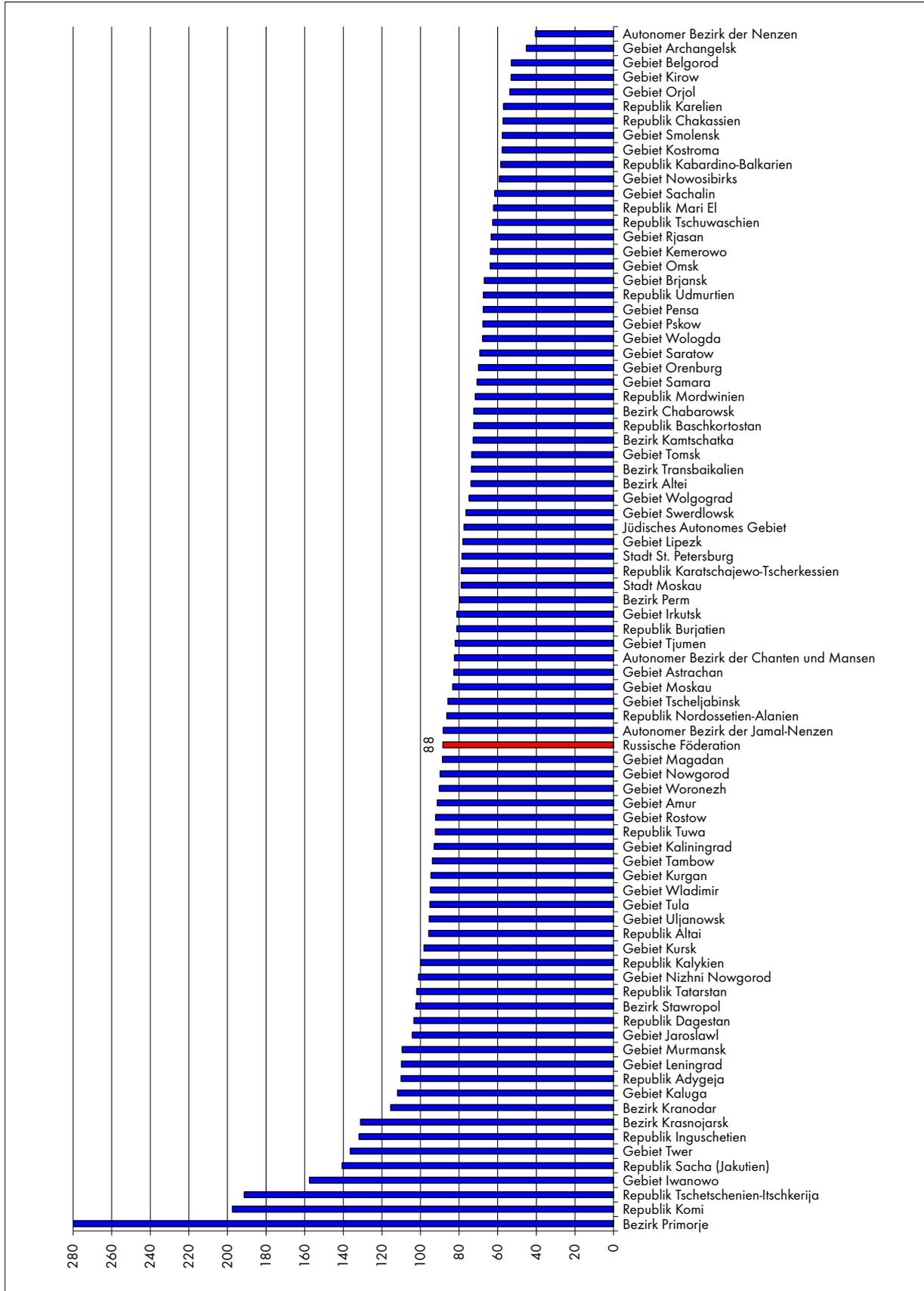
*Zusammenstellung der Autorin, Quelle: Daten des Ministeriums für Regionalentwicklung*

Grifik 1: Entwicklung der Industrieproduktion, Januar-September 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum, %



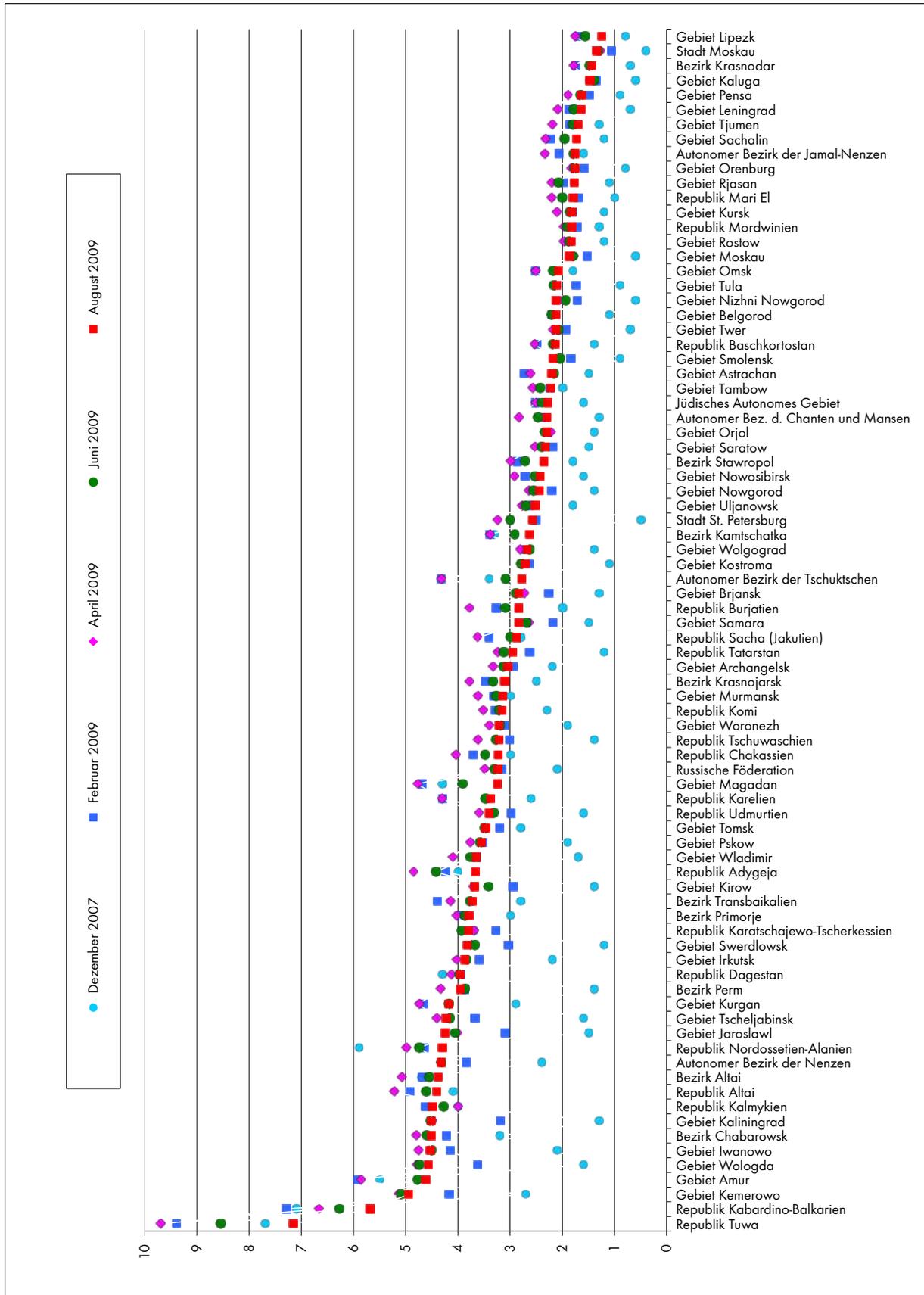
Zusammenstellung der Autorin, Quelle: Rosstat, [http://www.gks.ru/doc\\_2009/bul\\_dr/monitor\\_09.zip](http://www.gks.ru/doc_2009/bul_dr/monitor_09.zip)

Grifik 2: Investitionen Januar–August 2009 (entsprechender Vorjahreszeitraum = 100, inflationsbereinigt)



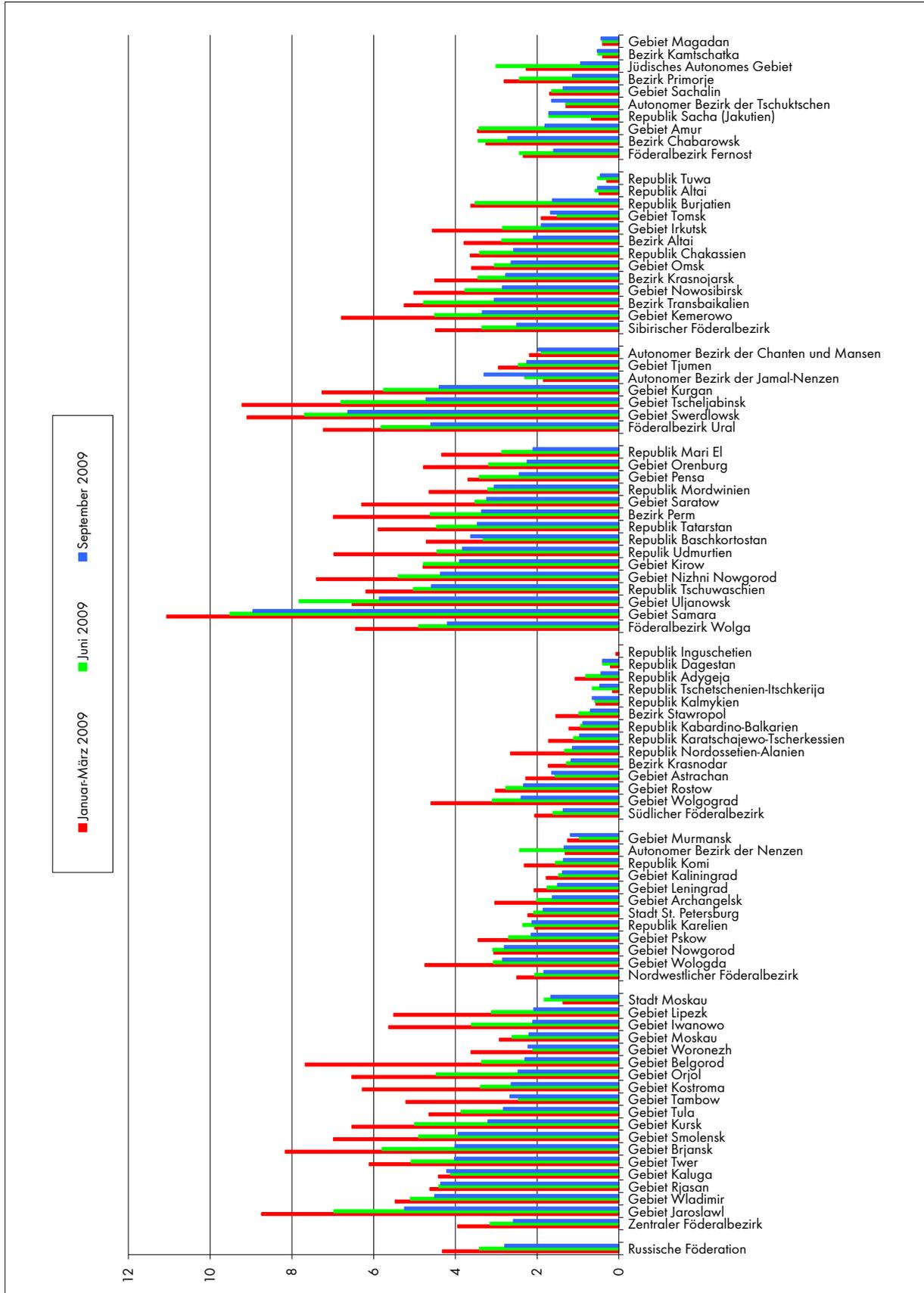
Zusammenstellung der Autorin, Quelle: Rosstat, [http://www.gks.ru/doc\\_2009/bul\\_dr/monitor\\_09.zip](http://www.gks.ru/doc_2009/bul_dr/monitor_09.zip)

Grafik 3: Registrierte Arbeitslosenzahlen zum Monatsende, %



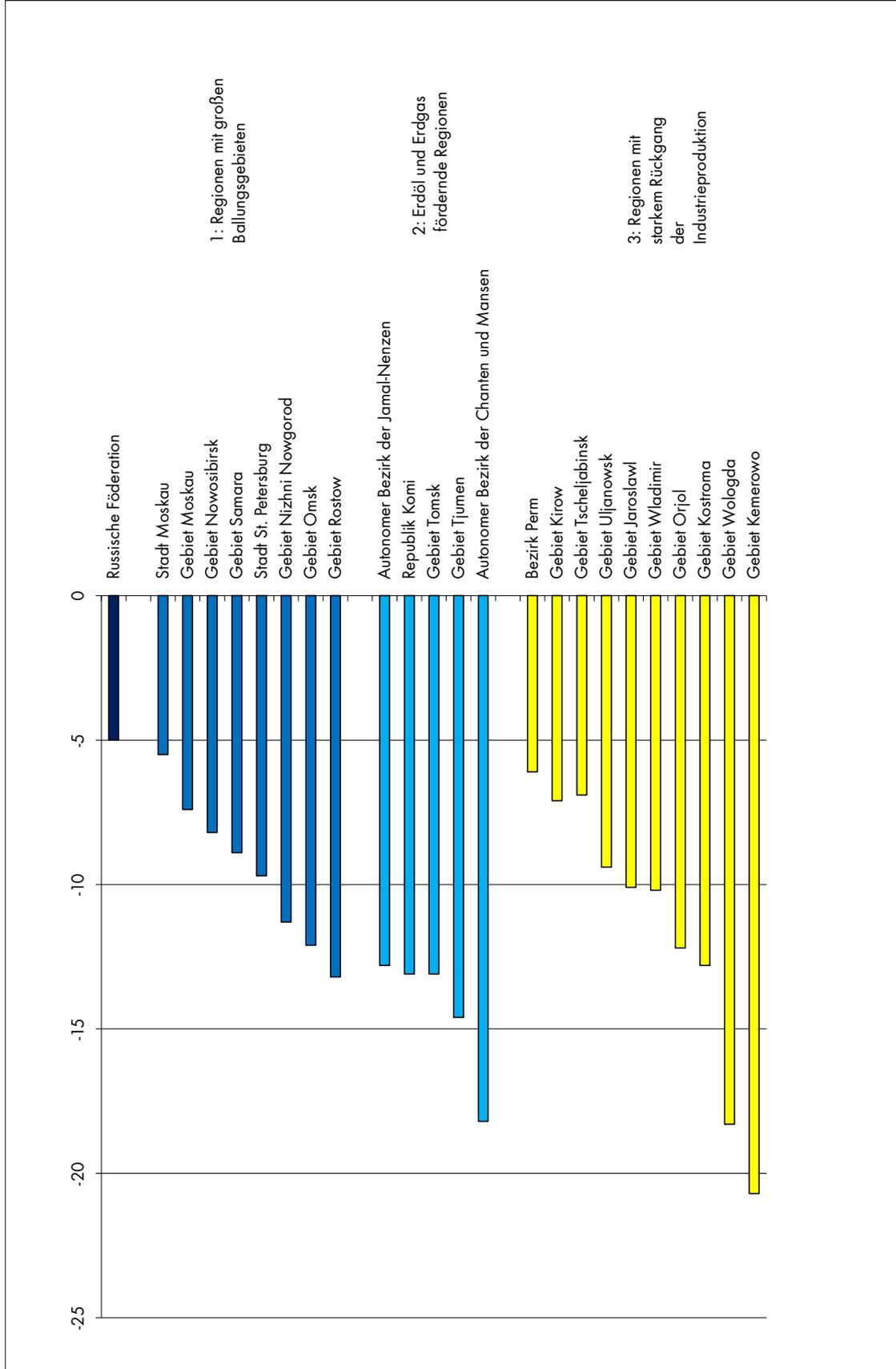
Zusammenstellung der Autorin, Quelle: Rosstat, [http://www.gks.ru/doc\\_2009/bul\\_dr/monitor\\_09.zip](http://www.gks.ru/doc_2009/bul_dr/monitor_09.zip)

Grafik 4: Verringerte Beschäftigung (Zwangsurlaub, Kurzarbeit), 2009, in % der Gesamtzahl der Beschäftigten



Zusammenstellung der Autorin, Quelle: Rosstat, [http://www.gks.ru/doc\\_2009/bu\\_dr/monitor\\_09.zip](http://www.gks.ru/doc_2009/bu_dr/monitor_09.zip)

Grafik 5: Umsatz des Einzelhandels Januar-August 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum, %  
 Drei Gruppen von Regionen mit dem stärksten Rückgang des Einzelhandels



Zusammenstellung der Autorin, Quelle: Rosstat, [http://www.gks.ru/doc\\_2009/bul\\_dr/monitor\\_09.zip](http://www.gks.ru/doc_2009/bul_dr/monitor_09.zip)

## Analyse

# Regionale Unterstützungsmaßnahmen für Industrieunternehmen

Von Andrei Yakovlev, Moskau

## Zusammenfassung

Eine Befragung von 752 Industrieunternehmen zeigte, dass es in den letzten Jahren zu Änderungen im Verhalten staatlicher Verwaltungen gekommen ist. Während Ende der 1990er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre vor allem der jeweiligen Führung nahestehende, ineffiziente Unternehmen in Russland staatliche Unterstützung erhielten, ergibt sich aus der aktuellen Umfrage, dass eine Wende eingetreten ist. So erhielten 2007/08 wesentlich öfter exportorientierte Unternehmen und Firmen mit Investitions- und Innovationsaktivitäten staatliche Unterstützung als andere Firmen.

## Die Umfrage der *Higher School of Economics*

Die im Verlauf der Wirtschaftskrise zunehmenden Forderungen nach staatlicher Unterstützung für Wirtschaftsunternehmen aus verschiedenen Branchen werfen die Fragen auf, wer staatliche Hilfe bekommt und wie effektiv sie ist. Eine teilweise Antwort auf diese Fragen gibt eine Studie von 752 Industrieunternehmen, die von der *Higher School of Economics* (HSE) von Februar bis Mai 2009 im Auftrag des Wirtschaftsministeriums im Rahmen der zweiten Runde des Monitorings der Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie durchgeführt wurde.

Die Umfrage unter den Unternehmen erlaubt es, verschiedene Aspekte der Beziehungen zwischen den Unternehmen und der staatlichen Verwaltung auf den unterschiedlichen Ebenen zu analysieren. Erstens wurde gefragt, ob die Unternehmen von den Verwaltungen auf föderaler, regionaler oder kommunaler Ebene finanzielle Unterstützung bekommen haben. Dann wurde erhoben, ob sie organisatorische Unterstützung erhalten haben (gemeint ist eine beliebige nicht finanzielle Unterstützung, einschließlich der Hilfe bei Kontakten mit russischen und ausländischen Partnerunternehmen, Unterstützung bei der Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Behörden, bei der Suche nach Investoren usw.) Drittens enthielt der Erhebungsbogen der HSE eine Frage nach der Unterstützung der sozialen Entwicklung der Regionen (einschließlich der Instandhaltung von sozialen Einrichtungen und Wohnhäuser, dem Sponsoring von regionalen/kommunalen Programmen usw.), die Unternehmen gegenüber regionale oder kommunale Verwaltungen leisteten. Im Falle solcher Unterstützung baten wir die Unternehmen, den Umfang ihrer Ausgaben für diese Ziele einzuschätzen und als Anteil am durchschnittlichen Jahresumsatz anzugeben.

Die Antworten der Respondenten beziehen sich auf den Zeitraum von 2007 bis 2008, der zum größten Teil durch Wirtschaftswachstum und nur gegen Ende durch

die Wirtschaftskrise geprägt war. Wir gehen jedoch davon aus, dass die allgemeinen Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Staat und Unternehmen und die Kriterien der finanziellen Unterstützung durch den Staat, die vor der Krise aufgebaut wurden, die aktuelle Wirtschaftspolitik der Verwaltungen gegenüber der verarbeitenden Industrie weiterhin prägen. Da die Studie der HSE zeigt, dass die regionalen Verwaltungen die Unternehmen am aktivsten unterstützen, haben wir unsere Aufmerksamkeit in diesem Beitrag auf die Regionalverwaltungen gerichtet.

## Der Umfang der staatlichen Unterstützung

Grafik 1 auf S. 17 zeigt den Anteil der Unternehmen, die 2007/08 von den staatlichen Verwaltungen der verschiedenen Ebenen eine Unterstützung erhalten haben. Die aufgeführten Daten zeigen, dass die Regionalverwaltungen am häufigsten staatliche Unterstützung vergeben haben. Insgesamt haben 27,5 % der in der Studie erfassten Unternehmen Unterstützung von der Regionalverwaltung bekommen: davon erhielten 21 % organisatorische Unterstützung und 15 % der Unternehmen die finanzielle Unterstützung. Anzumerken ist, dass auf der regionalen und kommunalen Ebene organisatorische Unterstützungsformen häufiger sind (besonders deutlich zeigt sich dies auf der kommunalen Ebene, wo organisatorische Unterstützung dreimal häufiger vorkommt als finanzielle). Dagegen wird auf der föderalen Ebene die finanzielle Unterstützung der Unternehmen bevorzugt.

Geographisch gesehen fallen die Städte mit 250–300.000 Einwohnern sofort auf. Hier erhielten 42 % der Unternehmen eine Unterstützung von den regionalen Verwaltungen im Vergleich zu 19 % in den Städten mit über 1 Mio. Einwohner und 25–32 % in den Siedlungen anderer Größen (statistische Signifikanz  $p < 0,05$ ). Zweitens stellt sich bei der Unterteilung der Regionen nach ihrem Investitionspotenzial (entsprechend dem

Rating der Zeitschrift »Expert«) heraus, dass die Regionen mit einem überdurchschnittlichen Potenzial viel weniger finanzielle als auch organisatorische Unterstützung leisteten als weniger entwickelte Regionen. In den Regionen mit überdurchschnittlichem Potenzial erhielten nur 13 % der Unternehmen Unterstützung von der staatlichen Regionalverwaltung im Vergleich zu 32 % und 34 % der Unternehmen in den Regionen mit einem durchschnittlichen bzw. unterdurchschnittlichen Potenzial ( $p < 0,01$ ).

### Empfänger der Unterstützung

Die Korrelation zwischen den Antworten auf Fragen nach den Empfängern staatlicher Unterstützung zeigen, dass sich die Unterstützung auf allen Verwaltungsebenen sowohl für organisatorische als auch für finanzielle Unterstützungen auf eine spezifische Gruppe von Unternehmen richtet. Besonders aussagekräftig ist dabei die Tatsache, dass ein Unternehmen, das Unterstützung von einer Verwaltungsebene erhält, mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit auch Unterstützung von einer anderen Verwaltungsebene oder aus einer anderen Quelle erhält. (In allen Fällen sind die Zusammenhänge signifikant zum Niveau  $p < 0,01$ ). Will man Aussagen zur Effektivität der Wirtschaftspolitik treffen, ist es wichtig zu verstehen, welche Unternehmen bei der Vergabe der staatlichen Unterstützung bevorzugt werden. Dabei spielt die Unternehmensgröße (gemessen mit der Zahl der Beschäftigten) auf der regionalen Ebene eine wichtige Rolle (siehe Tabelle 1 auf S. 18).

Während bei Kleinunternehmen (bis 250 Beschäftigte) nur 20 % den Erhalt staatlicher Unterstützung in den Jahren 2007/08 bestätigen, liegt der Anteil der begünstigten Großunternehmen (über 1000 Beschäftigte) bei 42 % ( $p < 0,01$ ). In allen Fällen überwiegt die organisatorische Unterstützung gegenüber der finanziellen. Interessant ist, dass Unternehmen mit 500 bis 1000 Beschäftigten am häufigsten finanzielle Unterstützung erhalten haben (23 % gegenüber 18 % der Großunternehmen und 19 % der mittelgroßen Unternehmen mit 250–500 Beschäftigten).

Ein weiterer wesentlicher Faktor bei der Vergabe staatlicher Unterstützung ist das soziale Engagement der Unternehmen in ihrer Region. Grafik 2 auf S. 17 zeigt, dass nur 22 % der Unternehmen 2007/08 die entsprechenden Programme der Verwaltung überhaupt nicht unterstützten. Allerdings lagen die Ausgaben derjenigen Unternehmen, die regionale Programme zur sozialen Entwicklung förderten, in den meisten Fällen unter 0,1 % des Jahresumsatzes (dies gaben 33 % der Unternehmen an und hinzu kommen wohl auch viele von den

24 % der Unternehmen, die keine Angaben über den Wertes ihrer Hilfe machten). In Anbetracht der Tatsache, dass die durchschnittliche Rentabilität der in der Studie erfassten Unternehmen 2007/08 bei ca. 12 % lag, können wir annehmen, dass für die Mehrheit der Unternehmen der verarbeitenden Industrie die Ausgaben für die soziale Entwicklung ihrer Region 1 % des Nettogewinns nicht überstiegen, was im internationalen Vergleich nicht viel ist.

Trotzdem wurde ein solches »sozial-verantwortliches« Verhalten in der Regel durch die Regionalverwaltungen belohnt. Von den Firmen, die staatlichen Programme unterstützt haben, berichten 29 % bis 35 %, dass sie staatliche Unterstützung in der einen oder anderen Form erhalten haben, im Vergleich zu 15 % der Firmen, die keine Mittel für die soziale Entwicklung der Regionen zur Verfügung gestellt haben ( $p < 0,01$ ). Dabei war ein direkter, linearer Zusammenhang zwischen dem Umfang der Hilfe für die Entwicklung der Region und der Wahrscheinlichkeit der finanziellen Unterstützung durch die Regionalverwaltung festzustellen.

Zusätzlich zeigt sich, dass Unternehmen mit staatlicher Beteiligung sowie Unternehmen, die zu einer Holdinggruppe gehören, etwas öfter Unterstützung von den Regionalverwaltungen erhalten haben, jedoch sind diese Abweichungen statistisch nicht signifikant. Dasselbe gilt auch für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung.

### Effektivität der staatlichen Unterstützung

Es ist wichtig zu klären, welcher Zusammenhang zwischen der Vergabe staatlicher Unterstützung und dem unternehmerischen Erfolg der Firmen sowie ihrer Aktivität auf dem Markt besteht. Entsprechend der geläufigen Vorstellungen, die auf Untersuchungen aus den 1990er Jahren beruhen, versteckt sich hinter der Vergabe der staatlichen Unterstützung in Russland sehr oft die »Suche nach Renten«, d. h. die Hilfe wurde bevorzugt ineffizienten Unternehmen gewährt. Darüber hinaus wird dies insbesondere für die Regionalverwaltungen als typisch empfunden. Die Umfrage der HSE zeigt uns, inwieweit diese Behauptungen für den Zeitraum 2007/08 noch stimmen.

Um die Effektivität der staatlichen Unterstützung zu überprüfen, nahmen wir die Daten zu den Export-, Innovations- und Investitionsaktivitäten der an der Studie beteiligten Unternehmen. Dabei gingen wir davon aus, dass Exporte, Innovationen und Investitionen für konkurrenzfähigere Unternehmen mit größerem Entwicklungspotential typisch sind. Dementsprechend wäre die Konzentration der staatlichen Unterstützung auf solche Unternehmen ein indirekter Beleg für eine

effektive regionale Industriepolitik und umgekehrt eine fehlende Konzentration auf diese Unternehmen ein Indikator für das Gegenteil.

Der Anteil der exportorientierten Unternehmen in unserer Studie beläuft sich 2008 auf 52 %. Als innovative Unternehmen wurden die Unternehmen gezählt, die 2008 Ausgaben für Forschung und Entwicklung hatten und ein neues Produkt auf den Markt brachten bzw. neue Technologien einführten. Dies sind 29 % der Unternehmen. Für Investitionen wurde der Zeitraum von 2005 bis 2008 bewertet. Da nicht alle Unternehmen bereit waren, Auskunft über ihre Investitionen in absoluten Zahlen zu geben, haben wir sowohl quantitative als auch qualitative Einschätzungen einbezogen. Jedes Unternehmen sollte sich für jedes Jahr für eine Antwort entscheiden: »wir hatten keine Investitionen«, »es gab Investitionen, aber keine großen Investitionen«, »ja wir haben viel investiert«. Auf der Grundlage der erhaltenen Antworten haben wir eine umfassende Variable ermittelt, die alle Unternehmen in drei Gruppen unterteilt: »aktive Investoren« (Unternehmen, die mindestens einmal in der Zeit vom 2005–2008 eine große Investition getätigt haben; 41 % der Unternehmen), »Unternehmen mit mäßigen Investitionen« (Unternehmen, die mindestens einmal investiert haben, aber keine großen Investitionen getätigt haben; 29 % der Unternehmen) und »Unternehmen ohne Investitionen« (30 % der Unternehmen). Außerdem wurden die Unternehmen nach ihren Plänen für große Investitionen in den nächsten 12 Monaten gefragt. Trotz der Krise haben 33 % der Unternehmen diese Frage positiv beantwortet.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, wie in Tabelle 2 auf S. 18 dargestellt, dass innovative Unternehmen 2007/08 wesentlich häufiger staatliche Unterstützung erhalten haben (37 % gegenüber 23 % bei den anderen Unternehmen, die keine Innovationen getätigt haben;  $p < 0,01$ ), auch exportorientierte Unternehmen haben etwas häufiger staatliche Unterstützung erhalten (31 % gegenüber 24 % bei den anderen Unternehmen;  $p < 0,05$ ). Besonders augenfällig ist der Zusammenhang zwischen Investitionsaktivitäten der Unternehmen und Unterstützung durch die Regionalverwaltungen, wie Tabelle 2 auf S. 18 zeigt. In der Gruppe der Unternehmen mit zumindest einer großen Investition in den letzten vier Jahren erhielten 36,5 % staatliche Unterstützung gegenüber 25 % bei den unregelmäßigen Investoren und 17 % bei den Unternehmen ohne Investitionen ( $p > 0,01$ ). Besonders stark beeinflussen große Kapitalinvestitionen die Wahrscheinlichkeit der finanziellen Unterstützung durch den Staat. Unter den aktiven Investoren erhielten 2007/08 insgesamt 23 % finanzielle Staatshilfen gegenüber nur 9 %

bis 10 % bei den anderen beiden Gruppen. Firmen, die in den nächsten 12 Monaten große Investitionen planen, erhielten ebenfalls etwas häufiger Unterstützung von der Regionalverwaltung (31 % gegenüber 26 %), aber dieser Unterschied bleibt statistisch insignifikant.

Gleichzeitig lässt sich ein interessanter Unterschied zwischen der staatlichen Förderpolitik in Regionen mit mittlerem und niedrigem Investitionspotential einerseits und wirtschaftlich besser entwickelten Regionen andererseits feststellen. In der ersten Gruppe förderte die Regionalverwaltung die Unternehmen, die bereits große Investitionen getätigt hatten sowohl finanziell als auch organisatorisch, hatte aber keine Präferenzen bezüglich zukünftiger Investoren. In den Regionen mit hohem Investitionspotential hingegen erhielten die aktiven Investoren nur finanzielle Unterstützung, während die Unternehmen, die in naher Zukunft Investitionen planten, in diesen Regionen organisatorische Unterstützung erhielten.

Als Beispiel für effektive organisatorische Unterstützung von Investoren kann das Ministerium für Investitionspolitik der Region Nishnij Nowgorod gelten. Das Ministerium wurde 2005 geschaffen, um Investitionen für die Region einzuwerben. Das Ministerium fasst für russische und ausländische Unternehmen mit Investitionsprojekten von über 100 Mio. Rubel (derzeit etwa 2,3 Mio. Euro) die Begutachtung und Genehmigung »in einem Behördengang« zusammen. Entsprechend der derzeit gültigen Regelung wird eine Entscheidung über staatliche Unterstützung für Investitionsprojekte innerhalb von drei Monaten getroffen. Eine wichtige Rolle bei der Koordination dieser Entscheidungen spielt der Investitionsrat beim Gouverneur der Region. Im Investitionsrat sitzen die Leiter der zuständigen Abteilungen der Regionalverwaltung, die Leiter der regionalen Abteilungen der föderalen Behörden, die Bürgermeister der größten Städte der Region und die Leiter der führenden Unternehmen der Region. Seit der Gründung des Ministeriums sind der durchschnittliche jährliche Umfang der Investitionen in das Grundkapital für alle Unternehmen in der Region um insgesamt 80 % und der durchschnittliche jährliche Zufluss ausländischer Investitionen um 3,4fache gestiegen. (Daten für 2006–2008)

Abschließend möchten wir festhalten, dass die Beziehung zwischen der Investitionstätigkeit der Unternehmen und dem Erhalt staatlicher Unterstützung von der föderalen oder kommunalen Ebene ähnlich ist, da beide ebenfalls Firmen mit Investitionstätigkeit bevorzugen. Jedoch war auf der föderalen Ebene diese Beziehung in beiden Fällen statistisch insignifikant und auf der kommunalen Ebene war die Unterstützung von aktiven

Investoren nur signifikant ( $p < 0,10$ ) bei organisatorischen Maßnahmen (19–20 % Förderung gegenüber 13 %).

### Schlussfolgerungen

Weit verbreitet und durch Studien von Ende der 1990er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre bestätigt ist die Vorstellung, dass nur der Regierung nahestehende, ineffiziente Unternehmen in Russland staatliche Unterstützung erhalten. Die Ergebnisse der neuen Studie der HSE belegen für die Gegenwart das Gegenteil. So erhielten 2007/08 wesentlich öfter exportorientierte Unternehmen und Firmen mit Investitions- und Innovationsaktivitäten staatliche Unterstützung als andere Firmen.

Diese Wirtschaftspolitik wird vor allem von Regionalverwaltungen betrieben. Sie gewährten 37 % der aktiven Investoren, aber nur 17 % der Unternehmen ohne Investitionen organisatorische und finanzielle Unterstützung. Frühere Untersuchungen der HSE (einschließlich ausführlicher Interviews mit Firmenvertretern) sowie Daten des Economist Intelligence Unit zeigen, dass die Unternehmen bereits 2005/06 die organisatorische Unterstützung durch den Staat im Vergleich zu direkten Finanzhilfen als effektiver und wichtiger für die Entwicklung ihres Unternehmens betrachteten. In den Interviews des Economist Intelligence Unit erklärten die ausländischen Unternehmen, dass die richtige Entscheidung über den Standort (unter Berücksichtigung der vorhandenen Infrastruktur) einem Investor einen Mil-

lionen Dollar an Ersparnis bringen kann. Diese Ersparnisse überstiegen in der Regel die finanziellen Förderleistungen der regionalen und kommunalen Verwaltungen. Als zentrale Kriterien für die Wahl des richtigen Investitionsstandortes wurden dabei vor allem das Fachwissen der kommunalen und regionalen Verwaltungsangestellten sowie das Interesse der Verwaltungen an neuen Investitionsprojekten genannt.

Die Änderungen im Verhalten der Regionalverwaltungen gegenüber Unternehmen und Investoren sind u.E. eine Folge sowohl des wachsenden Wettbewerbs zwischen den Regionen um die Anwerbung von Kapital und Investitionen als auch der gesteigerten Effizienz in den Regionalverwaltungen. Diese Entwicklungen sollten bei der Auswahl der Maßnahmen zur Stimulierung der Investitionstätigkeit und der Modernisierung der Unternehmen in der Wirtschaftskrise berücksichtigt werden, da die Regionalverwaltungen näher an den Unternehmen sind, sich besser mit deren Bedürfnissen auskennen und schneller angemessene Unterstützungsmaßnahmen entwickeln können. Möglicherweise wäre es auch hilfreich ein Gesamtkonzept der Förderung von aktiven Investoren (die zentral für die Überwindung der Wirtschaftskrise ist) auf Grundlage der erfolgreichsten Maßnahmen der Regionalverwaltungen zu entwickeln.

*Übersetzung: Lina Pleines*

### *Über den Autor*

Dr. Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten der Higher School of Economics in Moskau.

### *Über die Studie*

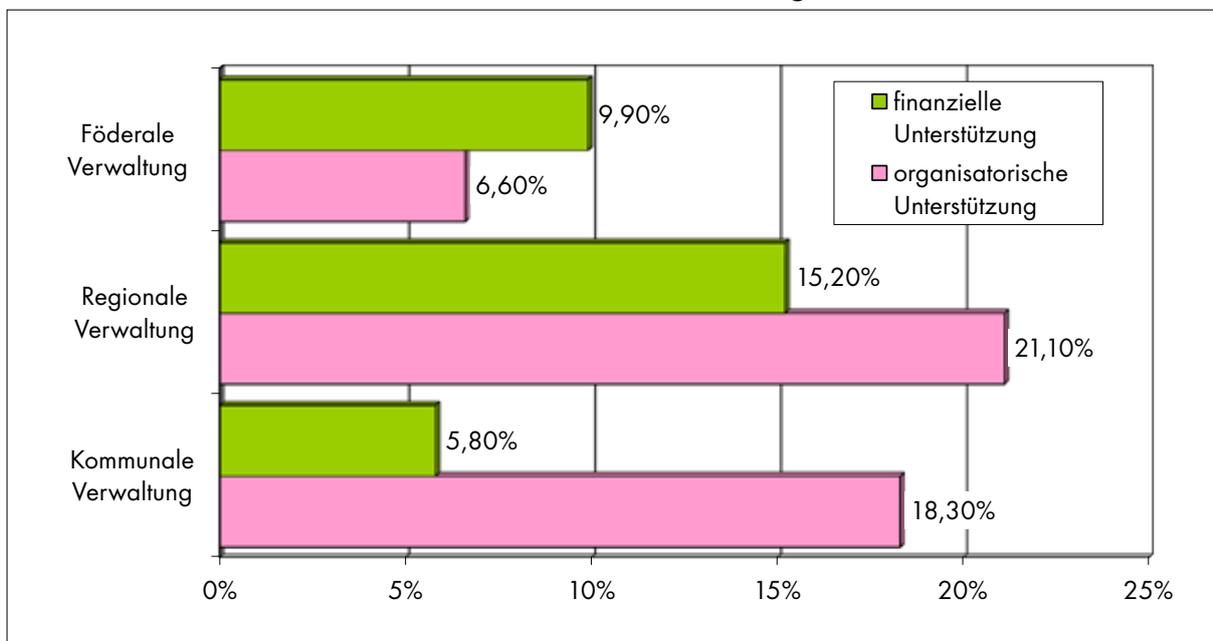
Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen einer von der Higher School of Economics für das Wirtschaftsministerium durchgeführten wissenschaftlichen Studie (Themenkürzel 0402-19-08). Die Unternehmensbefragung wurde vom Lewada-Zentrum durchgeführt. An der Umfrage nahmen insgesamt 1006 Unternehmen teil. Bisher konnten allerdings erst 752 Fragebögen ausgewertet werden.

Die befragten Unternehmen kommen aus 8 Branchen und 44 Regionen der Russischen Föderation: Nahrungsmittelindustrie; Textil- und Bekleidungsindustrie; Holzindustrie; Chemieindustrie; Metallindustrie; Maschinenbau; Elektroindustrie; Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik; Fahrzeugbau. Die befragten Unternehmen beschäftigten durchschnittlich 567 Mitarbeiter. 76 % der Unternehmen wurden vor 1992 gegründet und nur 9 % nach 1998. Unter den befragten Unternehmen hatten 9 % eine staatliche und 9 % eine ausländische Beteiligung. 44 % der Unternehmen hatten ihren Sitz in Regionen mit unterdurchschnittlichem Investitionspotenzial (entsprechend dem Ranking der Zeitschrift Ekspert) und 28 % in Regionen mit überdurchschnittlichem Investitionspotential. 30 % der befragten Unternehmen waren Teil einer Holdinggesellschaft, 52 % waren Exportunternehmen, 67 % der Unternehmen haben einen Großaktionär bzw. eine strategische Investorengruppe als Eigentümer. Bezüglich der zentralen Merkmale ist die Unternehmensauswahl repräsentativ für die verarbeitende Industrie in Russland.

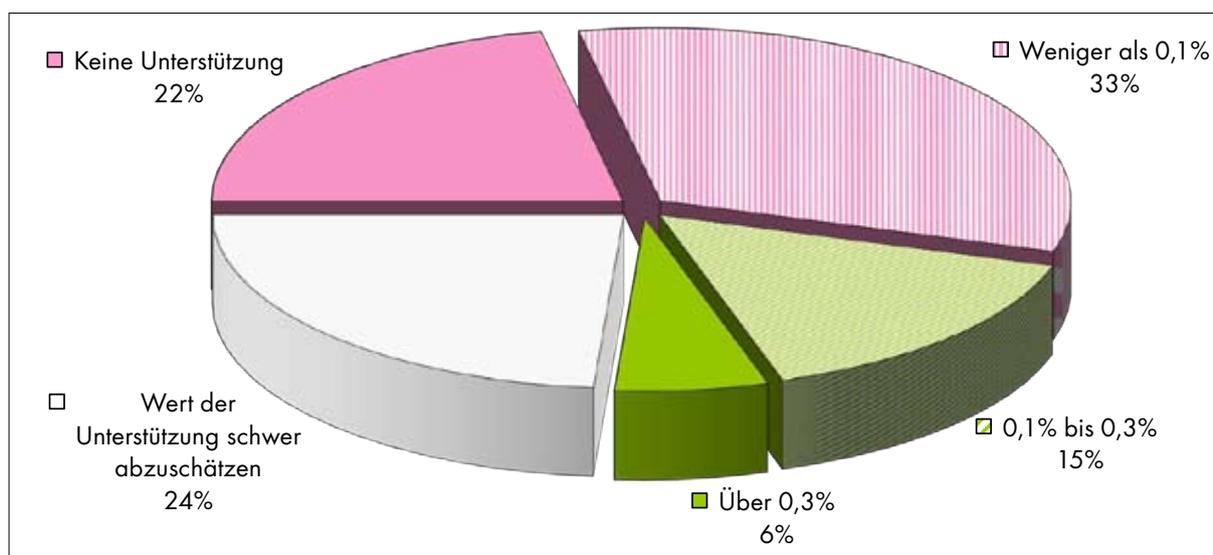
Tabellen und Grafiken zum Text

## Staatliche Unterstützung für Industrieunternehmen

Grafik 1: Anteil der Unternehmen, die 2007/08 Unterstützung vom Staat erhalten haben



Grafik 2: Unterstützung der Unternehmen für soziale Programme der regionalen und kommunalen Verwaltungen als Anteil am Jahresumsatz

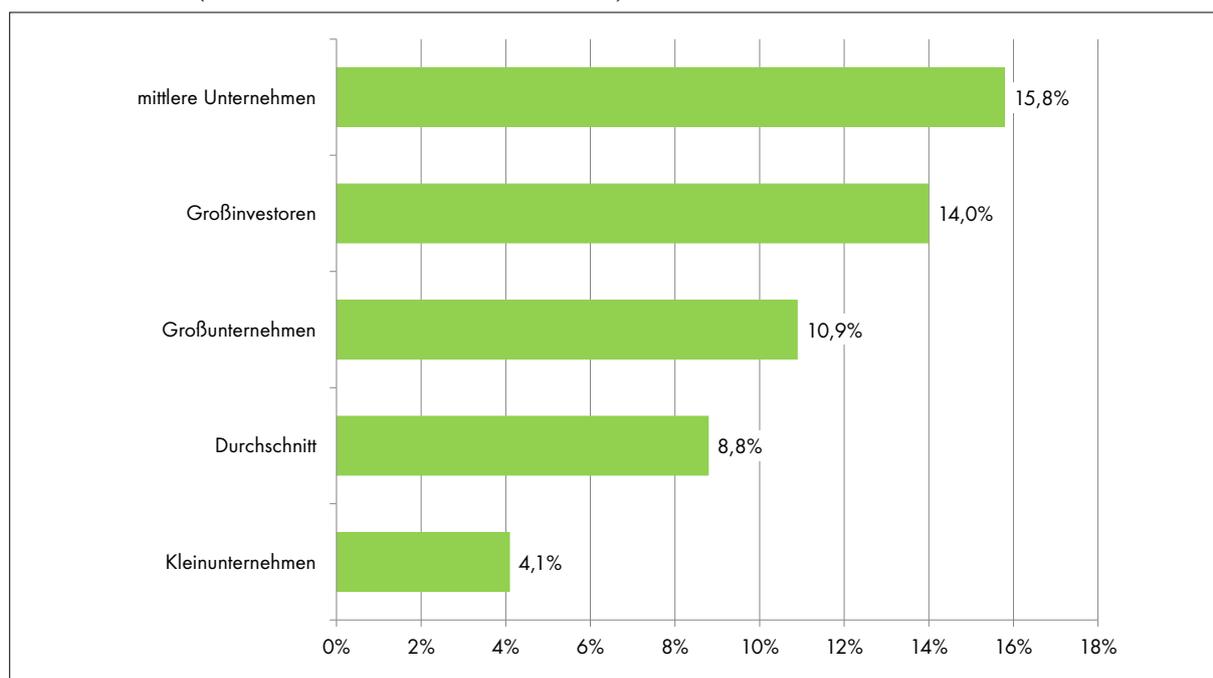


**Tabelle 1: Verteilung der regionalen Unterstützung nach Unternehmensgröße**

Beschäftigtenzahl	Keine Unterstützung	Nur organisatorische Unterstützung	Nur finanzielle Unterstützung	Finanzielle und organisatorische Unterstützung	Insgesamt
< 250	80,2 %	9,9 %	5,8 %	4,1 %	100 %
250–500	72,7 %	8,7 %	6,6 %	12,0 %	100 %
501–1000	61,7 %	15,0 %	7,5 %	15,8 %	100 %
> 1000	58,4 %	23,8 %	6,9 %	10,9 %	100 %
Insgesamt	72,4 %	12,3 %	6,4 %	8,8 %	100 %

**Tabelle 2: Verteilung der regionalen Unterstützung nach Investitionstätigkeit der Unternehmen**

Investitionstätigkeit 2005–2008	Keine Unterstützung	Nur organisatorische Unterstützung	Nur finanzielle Unterstützung	Finanzielle und organisatorische Unterstützung	Insgesamt
keine Investitionen	82,8 %	8,1 %	5,0 %	4,1 %	100 %
geringe Investitionen	75,1 %	14,8 %	4,3 %	5,7 %	100 %
große Investition	63,5 %	13,0 %	9,4 %	14,0 %	100 %
insgesamt	72,4 %	12,3 %	6,4 %	8,8 %	100 %

**Grafik 3: Von den Regionalverwaltungen finanziell und organisatorisch unterstützte Unternehmen (als Anteil an allen Unternehmen)**


## Umfrage

### Medwedews »Botschaft an die Föderalversammlung« im Spiegel der Meinungsumfragen

#### Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM)

In seiner Botschaft sprach Dmitrij Medwedew über die aktuellen Probleme Russlands und die Aufgaben, die gelöst werden müssen. Welche der erwähnten Aufgaben sollte Medwedew in erster Linie lösen? (Karte, nicht mehr als fünf Antworten)

Bekämpfung der Korruption	60 %
Überwindung der Wirtschaftskrise	52 %
Entwicklung von medizinischer Technologie und Pharmazeutik	42 %
Modernisierung und technische Erneuerung der Industrie	25 %
Modernisierung der russischen Streitkräfte	23 %
Rationaler Verbrauch von Ressourcen	23 %
Unterstützung von talentierten Menschen, Spezialisten, Wissenschaftlern	23 %
Modernisierung der Bildung	21 %
Modernisierung der Gesellschaft	16 %
Verbesserung des Steuersystems	15 %
Entwicklung der Zivilgesellschaft	14 %
Optimierung der Beteiligung des Staates in der Wirtschaft	13 %
Stabilisierung der Lage im Nordkaukasus	12 %
Entwicklung der Informationstechnologie	8 %
Stimulierung von Innovationen	6 %
Vervollkommnung des Wahlsystems	5 %
Entwicklung von Raumfahrttechnologie und Kommunikation	4 %
Entwicklung von Atomenergieprogrammen	3 %
schwer zu sagen	10 %

Bei welchen Aufgaben wird Dmitrij Medwedew Ihrer Meinung nach positive Resultate erzielen? (Karte, beliebige Anzahl von Antworten)

Unterstützung von talentierten Menschen, Spezialisten, Wissenschaftlern	55 %
Überwindung der Wirtschaftskrise	50 %
Entwicklung der Informationstechnologie	50 %
Entwicklung von medizinischer Technologie und Pharmazeutik	49 %
Modernisierung der russischen Streitkräfte	49 %
Entwicklung von Raumfahrttechnologie und Kommunikation	46 %
Modernisierung der Bildung	43 %
Entwicklung von Atomenergieprogrammen	42 %

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Quelle: Umfragen des FOM vom November 2009 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0947/d094716>

**Bei welchen Aufgaben wird Dmitrij Medwedew Ihrer Meinung nach positive Resultate erzielen? (Karte, beliebige Anzahl von Antworten) (Fortsetzung von vorheriger Seite)**

Stimulierung von Innovationen	42 %
Modernisierung und technische Erneuerung der Industrie	33 %
Verbesserung des Steuersystems	29 %
Optimierung der Beteiligung des Staates in der Wirtschaft	29 %
Modernisierung der Gesellschaft	28 %
Rationaler Verbrauch von Ressourcen	28 %
Vervollkommnung des Wahlsystems	27 %
Stabilisierung der Lage im Nordkaukasus	25 %
Entwicklung der Zivilgesellschaft	23 %
Bekämpfung der Korruption	17 %
schwer zu sagen	17 %

**Bei welchen Aufgaben wird Dmitrij Medwedew Ihrer Meinung keine positiven Resultate erzielen? (Karte, beliebige Anzahl von Antworten)**

Bekämpfung der Korruption	59 %
Stabilisierung der Lage im Nordkaukasus	38 %
Rationaler Verbrauch von Ressourcen	35 %
Vervollkommnung des Wahlsystems	34 %
Entwicklung der Zivilgesellschaft	34 %
Verbesserung des Steuersystems	33 %
Modernisierung der Gesellschaft	29 %
Modernisierung und technische Erneuerung der Industrie	28 %
Optimierung der Beteiligung des Staates in der Wirtschaft	28 %
Modernisierung der Bildung	22 %
Überwindung der Wirtschaftskrise	22 %
Entwicklung von medizinischer Technologie und Pharmazie	21 %
Modernisierung der russischen Streitkräfte	18 %
Entwicklung von Atomenergieprogrammen	18 %
Entwicklung von Raumfahrttechnologie und Kommunikation	18 %
Stimulierung von Innovationen	17 %
Unterstützung von talentierten Menschen, Spezialisten, Wissenschaftlern	15 %
Entwicklung der Informationstechnologie	13 %
schwer zu sagen	22 %

Quelle: Umfragen des FOM vom November 2009 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0947/d094716>

Ich lese Ihnen jetzt drei Aussagen aus der jährlichen Botschaft von Präsident Medwedew vor und Sie sagen, wie Ihre Einstellung zu diesen Meinungen ist.

**»Anstelle einer primitiven auf Rohstoffen basierten Wirtschaft werden wir eine intelligente Wirtschaft aufbauen, die einzigartiges Wissen, neue Sachen und Technologien produziert, die für die Menschen nützlich sind.« (Karte, eine Antwort)**

verständlich und gefällt mir	51 %
verständlich, gefällt mir aber nicht	10 %
unverständlich, gefällt mir aber	14 %
unverständlich und gefällt mir nicht	11 %
schwer zu sagen	14 %

**»Anstelle einer archaischen Gesellschaft, in der die Führer für alle denken und entscheiden, werden wir eine Gesellschaft von klugen, freien und verantwortungsvollen Menschen.« (Karte, eine Antwort)**

verständlich und gefällt mir	50 %
verständlich, gefällt mir aber nicht	12 %
unverständlich, gefällt mir aber	12 %
unverständlich und gefällt mir nicht	12 %
schwer zu sagen	15 %

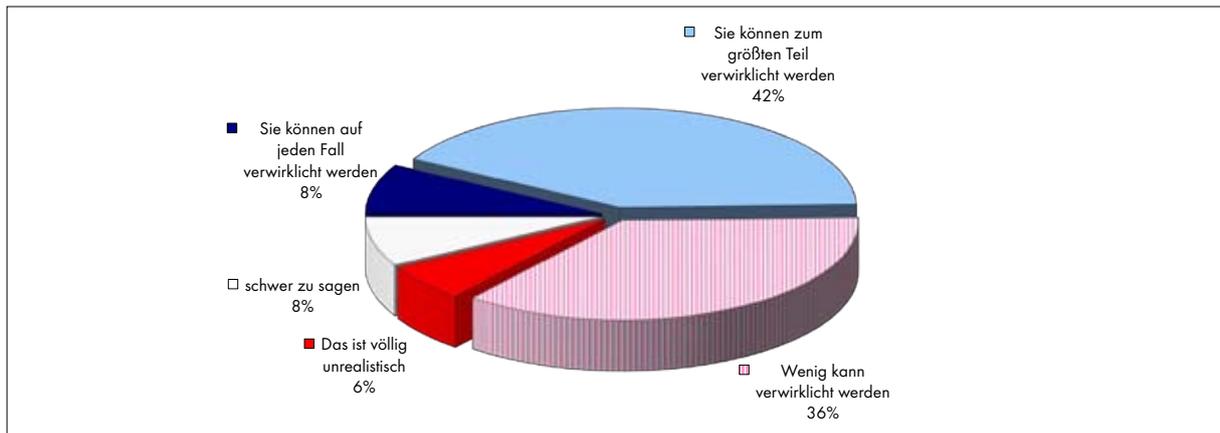
**»Anstelle von verworrenen Handlungen, die von Nostalgie und Vorurteilen diktiert sind, werden wir eine kluge Außen- und Innenpolitik verfolgen, die zutiefst pragmatischen Zielen untergeordnet ist.« (Karte, eine Antwort)**

verständlich und gefällt mir	44 %
verständlich, gefällt mir aber nicht	8 %
unverständlich, gefällt mir aber	14 %
unverständlich und gefällt mir nicht	18 %
schwer zu sagen	17 %

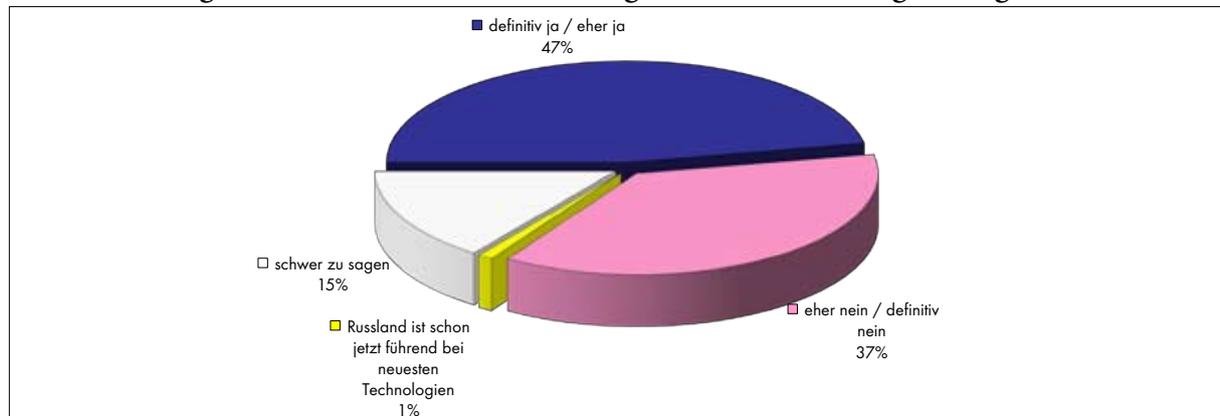
Quelle: Umfragen des FOM vom November 2009 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0947/d094716>

## Umfragen des Lewada-Zentrums

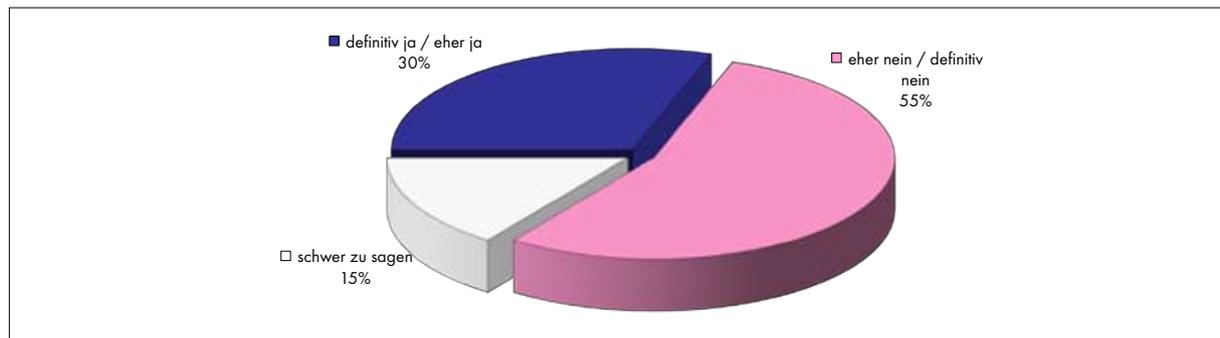
Wie weit können die Inhalte der Botschaft verwirklicht werden?



Ist in Russland in den nächsten zehn Jahren ein technischer Durchbruch und die Modernisierung der Wirtschaft auf der Grundlage neuester Technologien möglich?



Ist in den nächsten zehn Jahren ein entschiedener Umbau der Gesellschaft von einer »Gesellschaft, in der die Führer für alle denken und entscheiden« zu einer »Gesellschaft von klugen, freien und verantwortungsvollen Menschen« möglich?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 20.–23.11.2009 <http://www.levada.ru./press/2009112501.html>

**Warum ist Ihrer Meinung nach in den nächsten zehn Jahren ein entschiedener Umbau der Gesellschaft nicht möglich? (Prozent derjenigen, die die vorherige Frage (Grafik auf S. 22 unten) mit »definitiv nein« und »eher nein« beantwortet haben)**

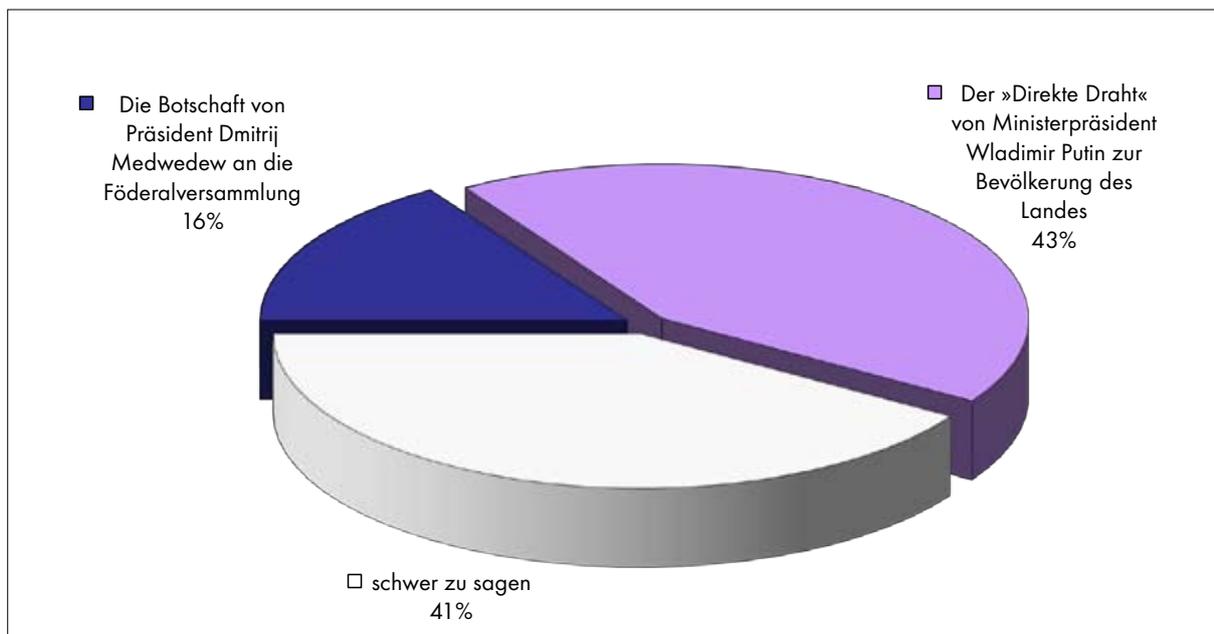
Politische Gründe: Bürokratie/Regierungen aller Ebenen sind nicht daran interessiert, sie werden diese klugen und verantwortungsvollen Menschen nicht an die Schalthebel der Macht lassen	29 %
Wirtschaftliche Gründe 1: Korruption, zu viele sitzen jetzt an den »Futtertrögen« der Macht, um andere an die Macht zu lassen	46 %
Wirtschaftliche Gründe 2: Russland ist ein zu armes Land, um sich Demokratie/Modernisierung seiner Wirtschaftsform zu leisten	15 %
Psychologische Gründe: In Russland gibt es keine/zu wenig freie Menschen, die bereit sind, Verantwortung für das Schicksal Russlands zu übernehmen; Faulheit, vollständige Gleichgültigkeit gegenüber allem, Trunkenheit	30 %
Sozio-kulturelle Gründe: Russland ist ein Land mit einer besonderen Ordnung, es hat ein eigenes Schicksal und eine solche politische Modernisierung passt nicht zu ihm	13 %
anderes	3 %
schwer zu sagen	15 %

**Erinnern Sie sich daran, wovon in der Botschaft Dmitrij Medwedews an die Föderalversammlung die Rede war?**

Es muss sich auf eine Lösung der sozialen Probleme konzentriert werden: Renten, Wohnraum, Medizin, Arbeitslosigkeit, Entwicklung der Jugend usw.	50 %
Eine innovative Wirtschaft ist notwendig, die fünf Vektoren der Modernisierung sind: energiesparende, nukleare und Informationstechnologie, Entwicklung der Infrastruktur im Weltall und der Medizin	39 %
Die Korruption muss bekämpft werden	38 %
Die Probleme Russlands: zurückgebliebene Infrastruktur, schlechte Gesundheitsversorgung, Mangel an Wohnraum, unvollkommene Gesetze usw.	37 %
Russland muss gut bewaffnet sein, Änderungen in der Armee sind nötig	29 %
Veränderungen des Systems sind nötig – Änderung der Gesetzgebung, Änderung des Steuersystems, Verbesserung der Bildung usw.	24 %
Russland ist jetzt ein zurückgebliebenes Land mit einer primitiven Rohstoffwirtschaft	22 %
Alles, worauf wir jetzt in Russland stolz sind, wurde noch in der Sowjetunion geschaffen	21 %
Russland braucht politische Reformen, Demokratie, Entwicklung der Zivilgesellschaft, politischen Wettbewerb und Einbeziehung der Opposition	17 %
Es ist nötig, die Arbeit des Gerichtssystems zu vervollkommen	15 %
Das russische Volk soll die Lösung der Probleme Russlands in die eigenen Hände nehmen – dazu ist es notwendig, schöpferische und verantwortungsvolle Menschen zu erziehen	14 %
Eine Annäherung an die entwickelten Länder ist nötig; wir benötigen ihre Investitionen und fortschrittlichen Technologien	9 %
Die Gesellschaft in Russland ist archaisch, die »Führer« fällen die Entscheidungen für alle	8 %
Die Ergebnisse der letzten Wahlen widerspiegeln im Ganzen die Konstellation politischer Sympathien in der Gesellschaft	7 %
Der Entwicklung der Republiken des Nordkaukasus sollte besondere Beachtung geschenkt werden	5 %
anderes	3 %
schwer zu sagen	7 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 20.–23.11.2009 <http://www.levada.ru./press/2009112501.html>

Welche der beiden Auftritte ist wichtiger: der »Direkte Draht« (die Antworten des Ministerpräsidenten Russlands Wladimir Putin auf die Fragen russischer Bürger) oder die Botschaft des Präsidenten?



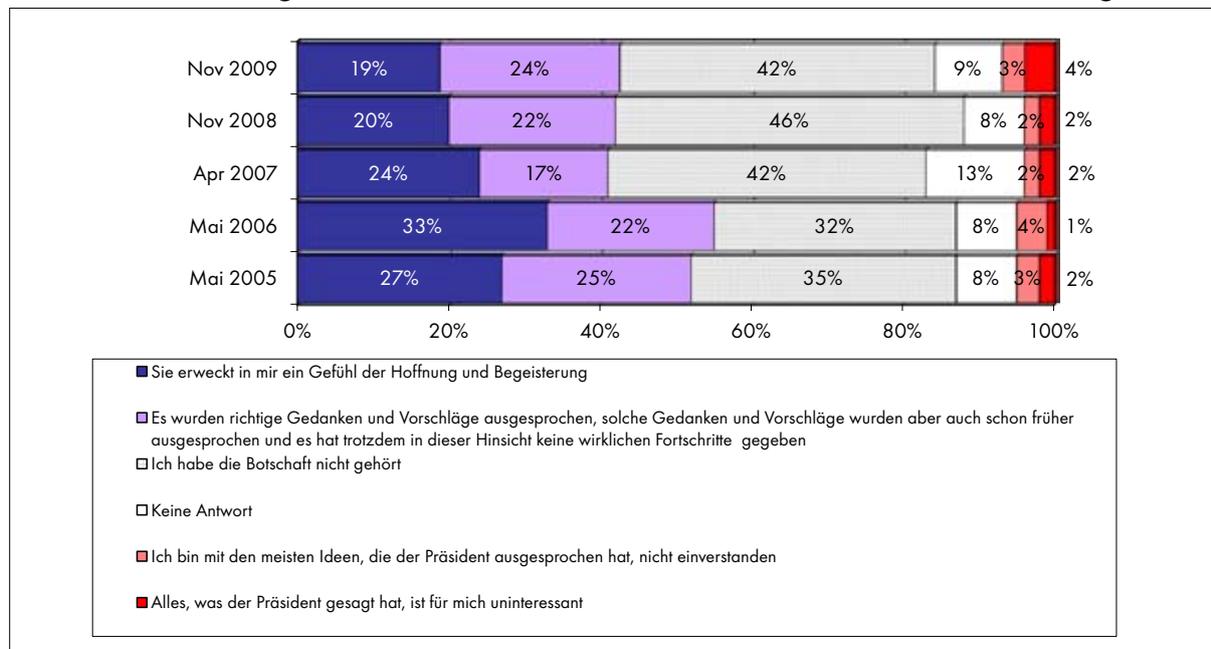
Interessiert Sie der »Direkte Draht« (die Antworten von Ministerpräsident Wladimir Putin auf die Fragen russischer Bürger, die nächsten Donnerstag, am 26. November, live übertragen werden)?

Ich werde mir die Sendung anschauen	38 %
Ich werde mich durch Zeitungen oder Internet eingehend mit ihrem Inhalt vertraut machen	6 %
Ich werde mich mit ihrem Inhalt durch Nachrichtensendungen und durch Diskussionen ihres Inhalts im Fernsehen, Zeitungen oder Internet bekannt machen	21 %
Dieser »Direkte Draht« interessiert mich wenig	29 %
schwer zu sagen	6 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 20.–23.11.2009 <http://www.levada.ru./press/2009112501.html>

## Umfragen des WZIOM

Wie bewerten Sie insgesamt die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung?



Welche der von Medwedew geäußerten Ideen sind gegenwärtig für unser Land am wichtigsten?  
(geschlossene Frage, nicht mehr als sieben Antworten)

Bekämpfung der Korruption	66 %
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	60 %
Entwicklung von medizinischen Technologien und Pharmazentik	35 %
Modernisierung von Industrie und Produktion	32 %
Versorgung von Veteranen mit Wohnraum, Erhöhung der Renten	31 %
Bekämpfung des Terrorismus	27 %
Schaffung von Bedingungen und Motivationen für einen gesunden Lebenswandel	23 %
Entwicklung von Wissenschaft und Erfindungswesen	20 %
Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes	20 %
Entwicklung von innovativen Technologien	19 %
Reform der Schulbildung	18 %
Erhöhung der Energieeffizienz, rationale Ausnützung von Ressourcen	14 %
Entwicklung von Informationstechnologie und Kommunikation	14 %
Entwicklung des Gerichtssystems	12 %
Entwicklung der Infrastruktur der Kultur	11 %
Verringerung der Zahl von Zeitzonen, Abschaffung der Sommerzeit	10 %
Unterstützung und Entwicklung von Wohltätigkeit	10 %
Normalisierung der Lage im Nordkaukasus	10 %

Anmerkung: Alle Ideen mit mindestens 10 %.

Quelle: Umfragen des VCIOM, 20.–21.11.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12808.html>

## Analyse

# Militärische Anfangsoperationen während des Georgienkriegs im August 2008

Von Wolfgang Richter, Berlin

## Zusammenfassung

Neben kritischen Einschätzungen der historischen, politischen, rechtlichen und humanitären Aspekte des Georgienkriegs im August 2008 gehören die Konzepte der militärischen Operationen und die Aufmarschfolge der beteiligten Truppen zu den Schlüsselbereichen einer Gesamtbewertung. Die folgende Analyse unterstützt nicht jene Interpretation, der zufolge die breit angelegte georgische Offensive gegen Südossetien notwendig und geeignet war, um einer angeblichen massiven russischen Invasion zu begegnen. Die ersten Zusammenstöße mit zwei kleineren russischen Kampfverbänden fanden im Gegenteil erst zwei Tage nach dem Einsatz des Großteils der georgischen Streitkräfte in Südossetien statt, und die russischen Streitkräfte benötigten zwei weitere Tage, um die Stärke der georgischen Verbände zu erreichen. Die Entsendung georgischer Truppen an die Frontlinie in Südossetien trug selbst zur Eskalation bei und das rücksichtslose Flächenfeuer der georgischen Artillerie auf Tskhinvali war darauf gerichtet, das politische Machtzentrum der abtrünnigen Region zu zerstören.

## Der operative Ansatz des georgischen Angriffs auf Südossetien

Am 7. August 2008 um 23:35 begann Georgien mit dem massiven Beschuss der Stadt Tskhinvali eine breit angelegte Militäroperation gegen Südossetien. Die eingesetzten Mörser, schweren Artilleriegeschütze und Mehrfach-Raketenwerfer (MLRS) waren im Laufe des Tages südlich der Stadt in Stellung gegangen. Augenzeugenberichten zufolge begann der Artillerieschlag gegen Tskhinvali zu einem Zeitpunkt, zu dem der von Präsident Saakashvili um 19 Uhr in einer Fernsehbotschaft ausgerufene Waffenstillstand durch die ossetische Seite zumindest in der Stadt selbst und ihrer unmittelbaren Umgebung schon seit über vier Stunden eingehalten worden war.

Der Beschuss war durch die offene Feldlagerung von Munition bei den Feuerstellungen logistisch gut vorbereitet worden. Beobachter zählten hunderte Explosionen schwerer Granaten in der Stadt: Zehn Minuten nach Beginn des Beschusses detonierten sie im Abstand von zehn bis fünfzehn Sekunden – eine Frequenz, die die ganze Nacht mit nur kurzen Unterbrechungen beibehalten wurde. Der Beschuss war eher auf die Zerstörung der politischen Entscheidungs- und Kommunikationszentren der südossetischen Behörden gerichtet als auf Feuerunterstützung für georgische Truppen, deren Angriff auf die Stadt selbst erst mehr als sechs Stunden später begann. Er zerstörte aber auch Wohngegenden und traf das Gelände des örtlichen Feldbüros der OSZE, in dem sich OSZE-Angestellte und russische Wachsoldaten aufhielten. Auch das Hauptquartier der Gemeinsamen Friedenstruppen (JPKF) geriet unter Feuer; der

georgische Anteil war bereits am Nachmittag abgezogen worden. Gegen Mitternacht informierte der russische Befehlshaber der JPKF die OSZE über die ersten Todesopfer und etliche Verwundete unter den russischen Friedenstruppen. Der Beschuss verursachte schwere Zerstörungen in der Stadt und Verluste unter ihren Einwohnern, auch wenn die ursprünglich von russischer und ossetischer Seite genannten hohen Zahlen sich als nicht richtig erwiesen.

Gleichzeitig griffen zwei georgische Infanteriebrigaden an beiden Flanken an, um die Stadt einzukreisen: Dazu nahmen sie beherrschende Höhen im Osten ein und schnitten im Westen die ossetische »Straße des Lebens« mit dem Dorf Khetagurovo als ihrem Eckpfeiler ab. Diese gewundene Bergstraße war die einzig verbliebene brauchbare Verbindung zwischen der Stadt und dem nördlichen Teil Südossetiens. Dort, in der Didi Gupta-Java Region – und damit außerhalb des Verantwortungsbereichs der JPKF (»Sicherheitszone«), zu der auch die Konfliktzone gehörte, – lagen die Hauptstützpunkte der schweren Waffen der ossetischen Miliz.

Die direkte Verbindung nach Norden – der »Kaukasische Highway« von Gori über Tskhinvali zur russischen Grenze mit seinem Nadelöhr, dem Roki Tunnel – war im Norden der Stadt schon lange vor dem Krieg von georgischer Seite blockiert worden: Mit der Amtseinstellung der georgischen Provisorischen Verwaltung in der hauptsächlich von ethnischen Georgiern bewohnten Dorfkette im Didi Liakhvi Tal zwischen Tskhinvali und Didi Gupta (2007) wurde dort auch eine zusätzliche georgische Spezialeinheit (»Polizei« bzw. »Anti-Ter-

roreinheit») aufgestellt; damit war ein weiteres militärisches Element in die Konfliktzone eingeführt worden. Um die Einkesselung der Stadt zu vollenden, mussten die zwei angreifenden georgischen Brigaden somit nur bis zur nördlichen Enklave vorrücken. Diese war zu Teilen bereits vor dem Krieg befestigt worden und wurde nun von georgischen Sicherheitskräften mit schwerer Artillerieunterstützung erfolgreich auch gegen feindliche Verstärkungskräfte aus dem Norden verteidigt.

Der Angriff der zwei Brigaden war anfangs erfolgreich: Es gelang ihnen, die leicht bewaffneten ossetischen Milizeinheiten aus der Frontlinie zu werfen, zwölf größere Ortschaften einschließlich Khetagurovo zu nehmen, die »Straße des Lebens« abzuschneiden, beherrschende Höhen östlich von Tskhinvali zu besetzen und ihre ersten Angriffsziele im Verlauf von sechs bis acht Stunden nach Beginn der Operation zu gewinnen.

In einer zweiten Phase der georgischen Offensive griff am 8. August gegen 6 Uhr morgens eine dritte georgische Kampfgruppe – ebenfalls in Brigadegröße – die Stadt selbst an; sie rückte von Süden her aus der Ortschaft Zemo Nikozi (Hauptquartier der georgischen Friedenstruppen) auf die südwestlichen Vororte (»Shanghai Distrikt«) vor. Die Kampfgruppe bestand aus Spezialeinsatzkräften des georgischen Innenministeriums (MIA), unterstützt von je einem Panzer- und einem leichten Infanteriebataillon.

Als erste Gefechtshandlung zerstörte und überannte sie den Stützpunkt der russischen Friedenstruppen vor dem südwestlichen Ausläufer der Stadt (*Verkhny Gorodok*), der direkt an der Hauptstraße zum Vorort »Shanghai« gelegen war. Georgien räumte ein, den russischen Stützpunkt beschossen und sogar als Vorrangziel für den Einsatz der MLRS identifiziert zu haben; es behauptete jedoch, in Selbstverteidigung gehandelt und auf Schüsse aus seiner Richtung reagiert zu haben. Mit dem Befehl, die Stadt zu stürmen und einzunehmen, lag die taktische Initiative jedoch eindeutig auf georgischer Seite. Der russische Stützpunkt blockierte geographisch den georgischen Angriff in breiter Gefechtsformation. Zudem hatten ossetische Kämpfer Schützengräben in der Nähe des Stützpunkts ausgehoben und verteidigten ihre Position durch Feuer aus nördlicher Richtung. Angesichts der Kampfreichweite ihrer Kanonen waren die russischen gepanzerten Kampffahrzeuge von Typ BMP nicht in der Lage, georgische Einheiten in Zemo Nikozi wirksam zu bekämpfen, bevor diese ihre Positionen verlassen und ihrerseits begonnen hatten, in Richtung auf den russischen Stützpunkt anzugreifen. Zudem hatten die russischen Kampffahrzeuge keine Feldstellungen bezogen, sondern wurden zusam-

men mit Kommunikationseinrichtungen und Lastwagen in ihren Park- und Lagerbereichen zerstört. Nach dem Verlust von Gefallenen und einer großen Anzahl Verwundeter zogen sich die russischen Friedenstruppen in Richtung Stadt zurück und setzten dort den Kampf fort, bis sie am 9. August von eintreffenden regulären russischen Truppen entsetzt wurden.

Nachdem sie den Widerstand der ossetischen Kämpfer im Vorort »Shanghai« bezwungen hatte, drang die MIA-Kampfgruppe gegen 11 Uhr in die Stadt selbst ein und brachte weite Teile von ihr bis ca. 14.30 Uhr unter ihre Kontrolle, während ossetische Miliz und Einheiten russischer und ossetischer Friedenstruppen noch einige Widerstandsnester im Zentrum und im Norden verteidigten. Um 15 Uhr forderte die georgische Seite die ossetische Miliz auf, zu kapitulieren und – gemeinsam mit der verbliebenen Zivilbevölkerung – die Stadt durch einen Korridor zu verlassen, der in das georgisch kontrollierte Gebiet südlich der Stadt führte und für drei Stunden offen gehalten wurde.

Bis zum 8. August um 18 Uhr, d. h. innerhalb von 19 Stunden seit Beginn der georgischen Offensive und 40 Stunden seit dem von Georgien behaupteten Beginn eines breit angelegten russischen Einmarsches, wurde in und um Tskhinvali kein Zusammenstoß mit regulären russischen Truppen gemeldet. Den Informationen beider Seiten zufolge fand der erste direkte Schusswechsel zwischen zwei russischen Bataillonen (jeweils etwa 400 Mann) und georgischen Einheiten in der Umgebung Tskhinvalis zwischen 18.30 Uhr und 19 Uhr statt. Weitere russische Truppen trafen an den nordwestlichen Ausläufern der Stadt am späten Vormittag des 9. August ein. Gegen Mittag des 9. August – nach einer Umgruppierung und der Einführung einer vierten georgischen Kampfbrigade (2. Infanteriebrigade aus Senaki), die die 4. Infanteriebrigade auf dem linken Flügel ablöste – führte diese gemeinsam mit der MIA-Kampfgruppe einen kombinierten Gegenangriff in der Stadt Tskhinvali. Erst am frühen Morgen des 10. August, als der Großteil der russischen Truppen durch den Roki-Tunnel marschierte, zogen sich die georgischen Streitkräfte aus der Stadt zurück und bezogen Stellungen in ihren südlichen Randgebieten.

### **Georgische Operationen im Norden und russische Militärbewegungen durch den Roki-Tunnel**

Während sich der georgische Angriff auf die Stadt Tskhinvali und den südlichen Teil der abtrünnigen Provinz konzentrierte, fanden einige kleinere georgische Operationen auch am nördlichen Rand der geor-

gischen Enklave statt: Berichten zufolge sind feindliche Kolonnen in der Gegend von Didi Gupta-Java und auf ossetischen Umgehungsstraßen durch georgische Artillerie- und auch Luftschläge am 8. August morgens zwischen 5.20 Uhr und 8 Uhr angegriffen worden. Ob diese Kolonnen hauptsächlich ossetischer oder russischer Herkunft waren, war Gegenstand der Diskussion nach dem Krieg. Laut Temuri Yakobashvili, dem georgischen Minister für Reintegration, spielte der Unterschied zwischen »russischen Russen« und »ossetischen Russen« für die Beurteilung ihrer politischen und militärischen Bedeutung keine Rolle.

Es steht jedoch außer Zweifel, dass in diesem Raum die ossetischen Milizeinheiten mit schwerer Bewaffnung versammelt waren und versuchten, Gegenangriffe in Richtung Süden zu führen. Gleichzeitig ist es wahrscheinlich, dass sich auch kleinere russische Einheiten wie etwa Aufklärungsgruppen, Verbindungsgruppen oder Verstärkungen für die russischen Friedenstruppen (die mehrheitlich in Tskhinvali eingekesselt waren) im gleichen Raum aufhielten. Eine offizielle russische Quelle berichtet, eine russische Einheit habe kurz nach Mitternacht des 7. Augusts die Kontrolle über den Roki-Tunnel übernommen, d. h. unmittelbar nach dem Beginn der georgischen Operationen. Georgischen Informationen zufolge nahm eine in der nördlichen Enklave eingesetzte georgische Artilleriegruppe kurz nach Mitternacht des 7. August eine feindliche Kolonne südlich des Roki-Tunnels (wahrscheinlich in der Umgebung von Java) unter Beschuss. Eine offizielle russische Quelle meldet, dass am 8. August gegen 5.30 Uhr – zusätzlich zu den georgischen Artillerie- und Luftschlägen – eine georgische Spezialeinheit von der nördlichen Enklave her ossetische Streitkräfte bei Didi Gupta angriff. In den Zusammenstoß seien auch einige russische Elemente verwickelt worden. Ob das Gegenfeuer auf russische oder ossetische Artillerie zurückzuführen war, blieb jedoch unklar. (Letztere hatte ihren Hauptstützpunkt in diesem Gebiet.)

Bei der Rekonstruktion der Ereignisse muss als weiteres Element das Einsickern von »Freiwilligen« aus dem Nordkaukasus durch den Roki-Tunnel nach Südossetien berücksichtigt werden. Kosaken und nordkaukasische Freiwillige hatten traditionell die Südosseten in Notstandssituationen wie etwa im Krieg in den frühen 90er Jahren und während der georgischen »Anti-Schmuggel«-Operation 2004 unterstützt. Zudem wurden den ossetischen und russischen Friedenstruppen Freiwillige als reguläre Verstärkung zugewiesen. Trotz des Propagandakriegs, der während der Eskalation in den ersten Augusttagen angelaufen war, dürften Anzahl und Kampfkraft

der Freiwilligen, die der südossetischen Miliz für den Kampf am 7. August als Unterstützung zur Verfügung standen, ziemlich begrenzt gewesen sein (wahrscheinlich etwa 200, im Verlauf des Krieges kamen noch weitere hinzu). Jedenfalls waren offensichtlich weder ein paar schwere ossetische Reservekräfte, noch eine Anzahl Freiwilliger oder einige in der Didi Gupta-Java Gegend präsenierte russische Elemente stark genug, um die Stadt Tskhinvali zu entsetzen: Sie blieb bis zum späten Vormittag des 9. Augusts eingeschlossen.

Russischen Informationen zufolge passierten die ersten regulären russischen Verbände den Roki-Tunnel nach Südossetien am 8. August um 14.30 Uhr, nachdem der entsprechende Befehl hierzu gegeben worden war. Da die russische Luftwaffe bereits am 8. August morgens zwischen 8:30 und 9:30 Uhr in Aktion beobachtet wurde, ist jedoch ein früherer Durchmarsch der ersten regulären russischen Kampfverbände durch den Roki-Tunnel (zwischen 10 und 11 Uhr) wahrscheinlich. Nach Abschluss des Marsches in die Java-Region und einer Umgruppierung begannen zwei bataillonsstarke russische Kampfverbände aus dem 135. und 693. MotSchützenregiment der 19. Division, wahrscheinlich zwischen 14 und 15 Uhr, auf den Umgehungsstraßen in südlicher Richtung vorzurücken. Am Abend des 8. Augusts zwischen 18.30 Uhr und 19 Uhr hatten sie in der Umgebung von Tskhinvali unmittelbare Gefechtsberührung mit georgischen Verbänden.

Eine weitere russische Kampfgruppe von der Größe einer Brigade versammelte sich am späten Abend des 8. August in der Java-Region. Georgischen Informationen zufolge gelang es ihr aufgrund der erfolgreichen georgischen Verteidigung nicht, durch die nördliche georgische Enklave vorzurücken. Die russische Kampfgruppe – jetzt verstärkt durch Luftlandeeinheiten – erreichte die Randbezirke Tskhinvalis über die Umgehungsstraßen erst am späten Vormittag des 9. August. Am Nachmittag kämpfte sie in der Stadt gegen georgische Verbände, die einen Gegenangriff führten. Am frühen Morgen des 10. Augusts marschierte die Masse der eingesetzten russischen Truppen durch den Roki-Tunnel, so dass die russische operative Gruppe in Südossetien mit etwa 12.000 Soldaten, 100 Kampfpanzern, 500 bewaffneten Kampffahrzeugen und 200 Artilleriesystemen die Stärke einer mechanisierten Division erreichte. Sie rückte nun auf dem direkten Wege durch die nördliche georgische Enklave auf Tskhinvali vor. Mit ihrem schrittweisen Eintreffen erreichten die russischen Truppen erst am 10. August die Stärke der georgischen operativen Gruppe, die drei Tage vorher eingesetzt worden war. Die russische Luftwaffe war zahlenmäßig weit über-

legen, erlitt jedoch Verluste und brauchte einige Zeit, um die moderne georgische Luftverteidigung auszuschalten: Diese war bestens ausgestattet und operierte in den ersten beiden Tagen überraschend erfolgreich.

Mit dem steigenden Druck durch die russischen Boden- und Luftangriffe am 10. und 11. August und der Eröffnung einer zweiten strategischen Front in und aus Abchasien brach der Zusammenhang der georgischen Operationen schnell auseinander: So scheiterte der Versuch, den Raum nördlich von Gori gemeinsam mit weiteren Teilen der ersten Brigade (1.800 Soldaten) zu verteidigen, die von der US-Luftwaffe am 10. August aus dem Irak zurück nach Tbilisi transportiert worden waren. Nach kampfloser Aufgabe von Gori und einem mit hohen Materialverlusten verbundenen überstürzten Rückzug bezogen georgische Einheiten am 12. August eine neue Verteidigungslinie in Mtskheta und östlich der Kaspi-Igoeti-Linie. Russische Einheiten setzten nach und führten Aufklärungs- und Raumsicherungsoperationen durch, um die Fühlung mit georgischen Einheiten wieder herzustellen und »Pufferzonen« zu sichern. Sie griffen jedoch nicht weiter in Richtung Tbilisi an, so dass keine weiteren Gefechte stattfanden, bis das Waffenstillstandsabkommen am 12. August die Kampfhandlungen offiziell beendete.

### Der Einsatz der georgischen Streitkräfte: Zeitliche Abfolge und Eskalationsrisiko

Obwohl dieser Artikel nicht beabsichtigt, das strategische Rational der georgischen Offensivoperation gegen Südossetien im August 2008 zu analysieren, scheint doch die zeitliche Abfolge der Entscheidungen über die militärischen Vorbereitungen und den Truppenaufmarsch zu den Schlüsselindizien zu gehören und verdient vertiefte Analyse. Georgischen Informationen zufolge gab der georgische Präsident am 7. August um 23:35 den Befehl

- die Zivilbevölkerung in der Region Tskhinvali/Südossetien zu schützen,
- Stellungen zu neutralisieren, von denen aus Zivilbevölkerung, Einheiten georgischer Friedenstruppen und Polizei beschossen wurden, und
- die Bewegung regulärer Truppen der Russischen Föderation durch den Roki-Tunnel in die Region Tskhinvali/Südossetien zu stoppen.

Abgesehen davon, dass die georgische Begründung bis zum Mittag des 8. August sich nicht auf das Einströmen regulärer russischer Einheiten bezog, sondern auf irreguläre ossetische Kämpfer und nordkaukasische Freiwillige sowie Luftraumverletzungen russischer Flugzeuge, wäre es naiv zu glauben, dass diese Anordnung des Präsi-

den auf das operative Konzept des georgischen Angriffs irgendeinen Einfluss gehabt haben könnte: Der Angriff begann im gleichen Moment, in dem die Anordnung – telefonisch – gegeben wurde.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine operative Gruppe der georgischen Streitkräfte in der Größenordnung einer Mechanisierten Division gefechtsbereit rund um Tskhinvali in Stellung gegangen und in Gefechte mit ossetischen Kämpfern verwickelt. Der Aufmarsch umfasste zwei Infanteriebrigaden (jeweils etwa 3.000 Soldaten), eine weitere Kampfgruppe in Brigadegröße, bestehend aus Spezialeinsatzkräften des Innenministeriums (MIA) mit Unterstützung durch Kampfpanzer und leichte Infanterie, eine schwere Artilleriebrigade, die verfügbaren Panzer- und mechanisierten Verbände der 1. Infanteriebrigade (davon 60 % noch im Irakeinsatz) und der neu aufgestellten 5. Infanteriebrigade, Pioniere, ein Verband für elektronische Kampfführung sowie Stabs- und Fernmeldeeinheiten. Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge, Luftverteidigung und logistische, technische und sanitätsdienstliche Unterstützungseinheiten standen bereit, die operative Gruppe zu unterstützen, deren Angriffsräume sich auf bis zu 20 km östlich (3. Brigade) und westlich der Stadt (4. Brigade) erstreckten und in deren Zentrum die MIA-Kampfgruppe der Stadt selbst gegenüberstand.

Laut Rüstungskontrollinformationen umfasste die operative Gruppe etwa 12.000 Soldaten, ungefähr 130 Kampfpanzer, 100 gepanzerte Kampffahrzeuge, 140 Artilleriegeschütze und Mörser, 24 Mehrfach-Raketenwerfer (MLRS) und mehrere hundert Radfahrzeuge. Zusätzlich hatte die MIA-Kampfgruppe etwa 70 gepanzerte Kampffahrzeuge vom Typ Cobra im Einsatz. Später, in der Nacht vom 8. auf den 9. August, wurde die 2. Brigade aus Senaki eingeführt und verstärkte die operative Gruppe auf bis zu 15.000 Soldaten, über 150 Kampfpanzer, ungefähr 200 gepanzerte Kampffahrzeuge und 200 Artilleriegeschütze, Mörser und MLRS.

Mit dieser Kräftegliederung nahm die Masse der verfügbaren georgischen Streitkräfte an der Operation gegen Südossetien teil. Es ist offensichtlich, dass ein so großer Truppenaufmarsch nicht in ein paar Stunden »spontan« organisiert werden kann, etwa als Reaktion auf sporadische lokale Schusswechsel. Er erfordert frühzeitige Planung, Organisation, logistische Vorbereitung sowie taktische Bereitschaft und Kampfbereitschaft untergeordneter Einheiten, einschließlich gezielter Gefechtsausbildung. Lange Kolonnen von Hunderten von Militärfahrzeugen, deren Wege sich zum Teil sogar gekreuzt haben, mussten über den Ost-West-Highway von ihren Friedensstandorten in Vaziani, Tbilisi, Kutaisi,

Khoni und Gori (später auch aus Senaki) in ihre vorgeplanten Einsatzräume über eine Strecke von bis zu 130 Kilometern marschieren. Schwere Panzerfahrzeuge wurden teilweise auf Eisenbahnzüge verladen. Die Bewegung der operativen Hauptkräfte dauerte den gesamten 7. August über an. Nach Ankunft in der Operationszone begann die abschließende und äußerst heikle Annäherung an die »Frontlinie« gegenüber feindlichen ossetischen Einheiten; sie setzte intensive vorherige Aufklärung, die Sicherung taktischer Schlüsselstellungen und den Feuerschutz durch bereits vorher eingesetzte Fronteinheiten und Artillerie voraus.

Die Befehle an die Fronteinheiten zur Aufklärung und Sicherung von Schlüsselstellungen und diejenigen an die Masse der Kräfte zur Vorbereitung, zum Aufmarsch, zur Annäherung an die Frontlinie und zur Entfaltung in Gefechtsordnung mussten in dieser Reihenfolge gegeben werden und selbstverständlich weit vor dem abschließenden Befehl zum Angriff. Die entsprechenden Anweisungen mussten auf jeder Führungsebene durch Detailplanungen und -vorbereitungen umgesetzt werden, von der höchsten politischen Ebene über die gesamte hierarchische Befehlskette hinweg bis zu den ausführenden Einheiten. Dieser Prozess umfasste nicht nur die notwendige Koordination zwischen Aufklärungs-, Kampftruppen-, Artillerie- und Unterstützungseinheiten, sondern auch zwischen Heer und Luftwaffe sowie dem Verteidigungs- und Innenministerium. Für die Planung der Ausführung der zugewiesenen Aufgaben benötigt jede Ebene eine detaillierte Beurteilung der Lage der eigenen und der feindlichen Kräfte auf der Grundlage vorheriger Aufklärung, die einige Tage vorher eingeleitet werden musste; Beratungen und Abstimmungen sind nötig, um die Operationen unterstellter Truppenteile zu konzipieren; und schließlich nehmen das bloße Schreiben, Bestätigen und Übermitteln der Befehle auf jeder Führungsebene mehrere Stunden in Anspruch.

Laut georgischen Informationen erfolgte der Befehl zum Vorrücken an die Frontlinie am 7. August um 14.30 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch bereits lange Kolonnen georgischer Verbände aus West und Ost-Georgien auf dem Marsch und eine große Artilleriegruppe aus Gori befand sich in Feuerstellungen am Südrand der »Sicherheitszone« (unter JPKF-Zuständigkeit), wo auch Kampfpanzer in Kolonne entlang der Hauptstraße nach Tskhinvali aufgefahren waren. Bereits am späten Vormittag des 7. August waren Bewegungen der Hauptstaffel der 3. Brigade aus Kutaisi und von Einheiten aus Gori beobachtet worden. Ein umstrittener »Befehl Nr. 1« der 4. georgischen Brigade wurde georgischen Informationen zufolge am 7. August um 9

Uhr erteilt, wohingegen die von der Russischen Föderation vorgewiesene Version die Zeit seiner Herausgabe auf 1.30 Uhr des gleichen Tages datiert. In der Befehlskette fungierte eine Brigade als mittlere Führungsebene, unterhalb des Kommandos der operativen Gruppe (Kommando der Landstreitkräfte), des Generalstabs des Verteidigungsministeriums und der politischen Führungsebene. Entsprechend mussten die Entscheidungen zur Vorbereitung des Einsatzes der Masse der Streitkräfte und zur Sicherung von Ausgangsstellungen an der Front- und Angriffslinie vor dem 7. August getroffen worden sein. Der endgültige Befehl des Präsidenten am 7. August um 23.35 Uhr löste lediglich die massive Feuereröffnung und den Angriff der Streitkräfte aus, die bereits im Feld in Gefechtsordnung zum Angriff bereit standen und sich schon in Gefechtsberührung mit südossetischen Kämpfern befanden. Offensichtlich waren ihre logistischen und taktischen Vorbereitungen, auch die an der Frontlinie, weit vorher begonnen worden.

Frühere Operationen an der Frontlinie wie die Intensivierung der Aufklärung, die Sicherung taktischer Schlüsselstellungen, die Vorbereitung des Feuerschutzes durch aufmarschierende Artillerie und insbesondere die Annäherung der georgischen Hauptkräfte an die ossetischen Feldstellungen bargen notwendigerweise das Risiko der Eskalation. Anfängliche sporadische Schusswechsel entwickelten sich am 6. und 7. August zu einem regelrechten Gefecht auf ganzer Breite der Frontlinie, in das schwere Artillerie eingriff und das zu Gefallenen und Verwundeten auf beiden Seiten führte. Die Kampfhandlungen konzentrierten sich auf die späteren Angriffsstreifen der zwei georgischen Brigaden, insbesondere auf das Dorf Khetagurovo westlich von Tskhinvali und die Sarabuki-Höhen im Osten der Stadt. Hier war es der georgischen Seite schon gegen Mitternacht des 7. August gelungen, Artillerie in der nördlichen Enklave in Stellung zu bringen; sie hatte Tskhinvali auf einer Bergstraße im Osten der Stadt umgangen, eine Bewegung, die vorherige Aufklärung und Schutz durch Kampftruppen erforderte. Der Einsatz der georgischen Streitkräfte in der Konfliktzone war also nicht nur eine Reaktion auf ossetische Provokationen: Die Bedrohung durch eine groß angelegte Offensivoperation der georgischen Streitkräfte und die Gefahr der Einkesselung Tskhinvalis stellten selbst den Eskalationsrahmen für ossetische Aktionen und lokale Angriffe dar.

### Schlussfolgerungen

Diese kurze Darstellung der georgischen Operationen gegen Südossetien und des schrittweisen Eintreffens

der russischen Streitkräfte zwischen dem 8. und dem 10. August lässt folgende Schlüsse zu:

1. Die georgischen Operationen waren offensiver Natur und konzentrierten sich auf die Einschließung und Einnahme von Tskhinvali und des bevölkerungsreichen Südtails von Südossetien sowie auf die Zerstörung des politischen Machtzentrums der abtrünnigen Region. Die georgischen Streitkräfte hielten an diesem offensiven Konzept, in dessen Mittelpunkt Tskhinvali stand, auch dann noch fest, als die ersten – noch verhältnismäßig schwachen – russischen Verstärkungskräfte am Abend des 8. August in der Umgebung der Stadt erschienen: So führte die georgische Operative Gruppe eine vierte Kampfbrigade aus Senaki ein, um am 9. August einen Gegenangriff in der Stadt zu ermöglichen.

2. In Ergänzung zu diesem Schwerpunkt zielten kleinere georgische Operationen aus der georgischen Nordklave darauf ab, das Vorrücken der ossetischen Reserven (möglicherweise unterstützt durch »Freiwillige« und russische PKF-Verstärkungen) aus dem Norden direkt durch das Didi Liakhvi-Tal nach Tskhinvali zu verhindern und gleichzeitig deren Bewegungen auf den Umgehungsstraßen zu verzögern. Diese Nebenoperationen waren jedoch nicht in der Lage und zielten nicht darauf ab, eine nachhaltige Verteidigung auf operativer Ebene gegen einen Gegenangriff starker Kräfte aus nördlicher Richtung zu führen, wie die Ereignisse am 9. und 10. August gezeigt haben.

3. Das Gesamtkonzept der georgischen Operationen in Südossetien war nicht darauf ausgerichtet, einen russischen Einmarsch aus dem Norden abzuwehren, und Georgien hat sich vor dem 11. August zu keinem Zeitpunkt auf eine operative Verteidigung vorbereitet.

4. Insbesondere die massive und rücksichtslose Bombardierung von Tskhinvali, deren Ziel die Zerstörung der politischen Strukturen der südossetischen *de facto*-Regierung war, kann keinesfalls mit dem Zweck der Abwehr einer russischen Aggression erklärt werden. Sie überraschte die lokale Bevölkerung, die davon ausging, dass der am Abend vom georgischen Präsidenten ausgerufenen Waffenstillstand Bestand haben würde. Sie setzte ohne Vorankündigung ein und ihr war keine Eskalation in der Stadt selbst oder in ihrer unmittelbaren Umgebung vorausgegangen. Sie war völlig unverhältnismäßig, selbst wenn es weit außerhalb der Stadt erneute Schusswechsel gegeben haben sollte, was während der voran-

gegangenen Tage tatsächlich der Fall gewesen war. Salvenfeuer schwerer Artilleriebatterien und MLRS Grad Systeme, die als tödliche Flächenfeuerwaffen konzipiert sind, gegen Wohngebiete lässt keinen Raum für Spekulationen: Georgiens Ziel war die Zerstörung und nicht die Feuerunterstützung eines Angriffs, der erst sechs Stunden nach dem ersten Feuerschlag begann. Das Ergebnis dieser rücksichtslosen Bombardierung konnte leicht vorhergesehen werden: Dass Zivilbevölkerung sowie Personal der OSZE und Friedenstruppen mit hohen Verlusten in Mitleidenschaft gezogen würden, muss Teil der Risikoanalyse gewesen sein. Das Kalkül der Operationsplanung hat diese Folgen offensichtlich akzeptiert.

5. Die georgischen Behauptungen, dass es vor und nach Mitternacht des 7. auf den 8. August südlich des Roki-Tunnels eine Präsenz russischer Gruppierungen und »Freiwilliger« über die Friedensstärken der russischen und nordossetischen PKF-Bataillone (je 500) hinaus gegeben habe, erscheinen nicht unbegründet zu sein. Ihre Größe, Funktion und Fähigkeiten lassen jedoch nicht auf einen unmittelbar bevorstehenden oder bereits stattfindenden groß angelegten Einmarsch schließen; einer solchen Interpretation würde auch das tatsächliche operative Konzept der georgischen Offensive widersprechen. Vor allem spricht gegen eine solche Interpretation die Tatsache, dass es nach dem georgischen Angriff auf Tskhinvali mehr als zwei Tage dauerte, bis die allmählich eintreffenden russischen Kampf- und Unterstützungseinheiten eine Kampfstärke erreichten, die mit derjenigen der drei Tage früher eingesetzten georgischen Kräfte vergleichbar war. Erst ab dem 10. August konnten die russischen Truppen die georgischen Kräfte erfolgreich hinter die administrative Grenze Südossetiens zurückwerfen. Mehr als 36 Stunden waren sie nicht in der Lage, die in Tskhinvali belagerten russischen Friedenstruppen zu entsetzen. Sie erschienen vor dem Abend des 8. August überhaupt nicht mit nennenswerter Kampfkraft auf dem Gefechtsfeld, obwohl seit dem Beginn der Eskalation im Juli 2008 einige taktische Reserven in nächster Nähe nördlich des Roki-Tunnels beobachtet worden waren. Weitere Verbände wurden an ihren Friedensstandorten in erhöhter Bereitschaft gehalten, mussten jedoch entsprechende Befehle abwarten, bevor sie sich in Richtung Südossetien in Bewegung setzten.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

*Über den Autor:*

Wolfgang Richter ist Oberst i.G. und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er war als Experte an der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zum Georgienkonflikt beteiligt. Dieser Artikel gibt seine persönliche Meinung wieder.

## Chronik

### Vom 18. November bis zum 3. Dezember 2009

18.11.2009	Alexander Bastrykin, der Leiter des »Strafermittlungskomitees« der Staatsanwaltschaft, kritisiert in einem Brief an Boris Gryslow, den Sprecher der Staatsduma, die inkompetente Einmischung von Dumaabgeordneten in laufende Untersuchungsverfahren.
18.11.2009	Der Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow weist die Immobilienabteilung der Stadtverwaltung an, die Mietverträge der beiden Menschenrechtsorganisationen Moskauer Helsinki-Gruppe und »Für die Menschenrechte« zu verlängern. Beiden war gekündigt worden.
19.11.2009	Der orthodoxe Geistliche Daniil Sysojew wird in der Heiligen-Apostel-Kirche in Moskau von einem Unbekannten erschossen. Sysojew hatte zahlreiche Schriften veröffentlicht, die sich mit der Missionierung von Moslems befassen.
19.11.2009	In Kiew treffen der russische Ministerpräsident Wladimir Putin und seine ukrainische Amtskollegin Julia Timoschenko zusammen und unterzeichnen eine Vereinbarung über Erdgaslieferungen.
20.11.2009	PricewaterhouseCoopers publiziert einen Bericht über Wirtschaftsverbrechen weltweit. 71 % der von PWC befragten russischen Unternehmen gaben an, in den letzten 12 Monaten wenigstens einmal Opfer eines Wirtschaftsverbrechens geworden zu sein.
21.11.2009	In St. Petersburg findet der XI. Parteitag von »Einiges Russland« statt. Der Kongress verabschiedet ein Programm zu »russischem Konservatismus«. Präsident Dmitrij Medwedew kritisiert in seiner Rede Verhalten und Mitglieder der Partei und fordert eine Modernisierung der Partei »Einiges Russland«.
23.11.2009	In Moskau nehmen Angehörige der Antiterrorismusabteilung des Innenministeriums drei Personen fest, die der Mitgliedschaft in der »Islamischen Partei Turkestans« verdächtigt werden. Diese Gruppe gilt als internationale terroristische Organisation.
23.11.2009	In Tschegem (Kabardino-Balkarien) werden zwei Angehörige der Sicherheitskräfte enthauptet im Kofferraum eines Mercedes aufgefunden.
24.11.2009	Sergej Mironow, der Vorsitzende des russischen Föderationsrates, trifft in Pjöngjang mit dem nordkoreanischen Ministerpräsidenten Kim Jong Il zusammen.
24.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew ordnet an, vier hohe Offiziere abzulösen, die für das Munitionslager in Uljanowsk verantwortlich waren, in dem am 13.11. ein Brand ausgebrochen ist, der zu einer Reihe von Explosionen führte.
24.11.2009	In Nasran (Inguschetien) werden ein Mitarbeiter des Innenministeriums und seine Tochter von Unbekannten erschossen.
25.11.2009	Bei einer Razzia im Raum Karabulak (Inguschetien) feuern Sicherheitskräfte auf ein Fahrzeug, in dem sie Untergrundkämpfer vermuten. Die beiden Insassen werden getötet.
25.11.2009	Die Registrierung von Internetdomänen mit der Erweiterung .рф (kyrillisch: .rf) beginnt. In den ersten vier Monaten haben nur staatliche Stellen und Unternehmer mit Markennamen das Recht zur Anmeldung einer рф-Domäne.
26.11.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin nimmt an einem Treffen der russisch-französischen Kommission für bilaterale Zusammenarbeit in Paris teil.
26.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt Guo Boxiong, den Stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Chinas und erörtert mit ihm Perspektiven der militärischen Zusammenarbeit.
27.11.2009	Auf den Nevskij-Express, der zwischen Moskau und St. Petersburg verkehrt, wird ein Bombenanschlag verübt. Wenigstens 27 Personen werden getötet, weitere 92 verletzt. Eine zweite Bombe wird gezündet, als die Sicherheitskräfte eintreffen. Bei der Explosion erleidet der Leiter des »Strafermittlungskomitees« der Staatsanwaltschaft, Alexander Bastrykin, eine Gehirnerschütterung.

27.11.2009	Die Präsidenten von Kasachstan, Russland und Belarus vereinbaren die Gründung einer Zollunion. Mit Wirkung vom 1. Januar 2010 werden ein einheitlicher Zolltarif und eine Regelung nichttarifärer Maßnahmen eingeführt. Ab dem 1. Juli 2010 wird ein gemeinsamer Zollkodex gelten. Es wird angestrebt, die Zollunion in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu überführen.
29.11.2009	Präsident Dmitrij Medwedew schlägt den Regierungen Europas und der USA und den Führungen der internationalen Organisationen einen Europäischen Sicherheitsvertrag vor.
1.12.2009	In Rjasan beginnt die Ausbildung von Berufsunteroffizieren für die russischen Streitkräfte. Für den ersten Jahrgang sind 300 Personen ausgewählt worden.
1.12.2009	Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti teilt mit, dass die Ukraine der Führung der russischen Schwarzmeerflotte eine Liste mit Namen von 19 Angehörigen des Inlandsgeheimdienstes FSB übergeben hat, die aus der Ukraine ausgewiesen werden.
1.–2.12.2009	Außenminister Sergej Lawrow nimmt am 17. OSZE-Außenministertreffen in Athen teil. Er spricht sich für die Aktivierung der OSZE aus und nimmt noch einmal Bezug auf Medwedews Initiative für eine neue Europäische Sicherheitsordnung.
3.12.2009	Ministerpräsident Wladimir Putin stellt sich im »Direkten Draht« Fragen aus der Bevölkerung. Der »Direkter Draht« wird live im Fernsehen übertragen. Fragen können über die Medien oder per Internet gestellt werden.
3.12.2009	In Moskau wird mit 8,3 Grad Celsius die höchste Temperatur seit Beginn der meteorologischen Datenerhebung gemessen. Der kälteste 3. Dezember war 1902 mit - 28,7 Grad Celsius.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

#### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)